

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

LANDWIRTSCHAFT IN TADSCHIKISTAN LÄNDERRATINGS ÜBER »SCHWACHE STAATEN«

■ ANALYSE	
Ein umstrittenes Feld – Baumwolle in Tadschikistan Von Mir Salam Sirak, Duschanbe	2
■ KARTE	
Tadschikistan: Physische Übersicht und Folgen unangepasster Wirtschaft	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zu Landwirtschaft und Wasserverbrauch in Zentralasien	7
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Schwache Staaten? Die Bewertung der zentralasiatischen Staaten in Länderrankings zu Instabilität und Krisenanfälligkeit	10
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 23. Mai bis zum 20. Juni 2008	22

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Ein umstrittenes Feld – Baumwolle in Tadschikistan**

Von Mir Salam Sirak, Duschanbe

Zusammenfassung

Tadschikistan diente in der ehemaligen Sowjetunion als Rohstofflieferant vor allem von Baumwolle. Der Aufbau einer verarbeitenden Industrie, die es heute ermöglichen würde, durch die Herstellung von Baumwollprodukten Devisen zu erzielen, wurde jedoch vernachlässigt. Auch heute wird die tadschikische Landwirtschaft noch durch den Baumwollanbau dominiert. Gleichzeitig muss das Land jährlich ca. 80 % seines Getreidebedarfs, 55 % seiner Fleisch- und 100 % seiner Zuckerversorgung durch Importe abdecken. Der Baumwollanbau lässt keine Möglichkeit für eine vernünftige Fruchtfolge. Außerdem forciert die unangepasste Bewässerung der Baumwolle Erosion und Versalzung des Bodens. Die daraus resultierenden Probleme kann das Land aus eigener Kraft, ohne kompetente Beratung und Hilfe von Außen, nicht bewältigen. Die Entwicklung von Alternativen zur Monopolstellung des Baumwollanbaus sollte dabei wichtigstes Ziel sein.

Die natürlichen Bedingungen für Landwirtschaft in Tadschikistan sind schwierig. Aufgrund des Reliefs sind nur 6,52 % der Gesamtfläche des Landes (243.100 km²) landwirtschaftlich nutzbar. Der größte Teil davon wird für den Anbau von Baumwolle genutzt. Die Folge sind Armut, Nahrungsmittelknappheit und –unsicherheit, noch verstärkt durch das hohe Bevölkerungswachstum (1,9 %). Die inadäquate Agrarpolitik der Regierung und die Anwendung unangepasster Bodenbewirtschaftungsmethoden führen im großen Ausmaß zur Degradierung von fruchtbaren Böden und belasten die Umwelt. Die Probleme der tadschikischen Landwirtschaft sind also mannigfaltig und können in diesem Artikel nur angerissen werden. Bei genauerer Betrachtung stehen die wichtigen Probleme der Agrarwirtschaft miteinander in einem kausalen Zusammenhang.

Verfehlte Agrarpolitik der Regierung

Theoretisch bestehen in Tadschikistan die klimatischen Voraussetzungen für den Anbau nahezu aller uns bekannten Kulturpflanzen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat das Potential, die derzeitige Bevölkerung Tadschikistans ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Doch setzt der von der Regierung bestimmte Anbauplan andere Prioritäten und favorisiert den Anbau von Baumwolle gegenüber der Produktion von Nahrungsmitteln.

Die Gründe für eine derartige Agrarpolitik sind mannigfaltig und nicht ausschließlich innerhalb Tadschikistans zu suchen. Nur wenn man sie isoliert betrachtet und negative Folgen wie Umweltschäden oder teure Lebensmittelimporte außer acht lässt, stellt diese Politik einen Erfolg dar: Nach Aluminium ist Baumwolle das zweitwichtigste Exportgut des Landes. Sie macht

15 % des gesamten Exportvolumens aus. Die Steuereinnahmen aus Baumwolle bilden ein Volumen von 39 % der Gesamtsteuereinnahmen (22 % des BIP) und 50 % aller Beschäftigten sind direkt oder indirekt in die Baumwollproduktion involviert.

Viele landwirtschaftliche und ökologische Probleme nicht nur Tadschikistans, sondern aller zentralasiatischen Republiken, lassen sich mit der Fortführung der sowjetischen Agrarpolitik aus den Anfängen der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erklären, obwohl die Voraussetzungen hierfür inzwischen obsolet geworden sind. Ziel war es damals, mehr Autarkie von Baumwollexporten für die sowjetische Textilindustrie zu erhalten. In der Region wurde ein Netz von Bewässerungskanälen angelegt, um selbst marginale Flächen für den Baumwollanbau zu erschließen. Die Wassernutzung wurde gesetzlich geregelt. Während der Sowjetära musste z.B. Tadschikistan die Landwirtschaft Usbekistans während der Sommermonate mit Wasser versorgen. Im Gegenzug wurde Tadschikistan im Winter von Usbekistan mit Elektroenergie beliefert. Das Wasser der Flüsse Syr-Darja und Amu-Darja wurde bedenkenlos für den Baumwollanbau über Tausende von Kilometern in Kanälen umgeleitet. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nachdem Tadschikistan 1991 seine Unabhängigkeit erlangt hatte, haben die zentralasiatischen Republiken sich zwar darauf geeinigt, den oben genannten Vertrag aus der Sowjetzeit weiterhin anzuwenden, jedoch hält sich kein Staat daran. Das hat die tadschikische Bevölkerung im letzten Winter unmittelbar zu spüren bekommen, als fast das ganze Land wochenlang ohne Strom auskommen musste, da in den Stauseen das Wasser fehlte.

Zur Reformierung der eigenen Landwirtschaft erließ die tadschikische Regierung Anfang der neun-

ziger Jahre ein Gesetz, das 1996 ergänzt wurde und der bäuerlichen Bevölkerung das Recht einräumte, ein kleines Stück Land – die so genannten *presidential plots* (0,02–0,03 ha pro Haushalt; 75.000 ha landesweit) – in eigener Regie zu bewirtschaften. Dies hatte zum Ziel, die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu sichern. Es stellt keine Agrarreform im eigentlichen Sinne dar, sondern die Regierung setzte dadurch lediglich die Zwangsmaßnahmen außer Kraft, die der Bevölkerung Tadschikistans Mitte der 1970er Jahre von der sowjetischen Regierung auferlegt worden waren, nachdem die Baumwollerträge wegen falscher Landbewirtschaftung rapide gesunken waren. Damals mussten die Tadschiken auch dieses Stück Land, das zunächst für die private Nebenerwerbswirtschaft vorgesehen war, mit Baumwolle bestellen.

Einen weiteren Reformversuch stellte die Auflösung der Kolchosen und Sowchosen im Jahr 1996 dar (Dekret Nr. 522, 25. Juni 1996). Die dabei entstandenen Betriebe nennt man »Dehkan-Farmen« (von tadschikisch *dehkan* für Bauer). Die ehemaligen Mitglieder der Kolchosen und Sowchosen pachten Flächen (Betriebsgrößen größer als 75 ha) vom Staat. Im Widerspruch zur gesetzlichen Regelung erfolgt ihre Bewirtschaftung aber auch heute noch unter der Ägide des Staates. Mitglieder von »Dehkan-Farmen« in den Kreisen Mastschoch und Gafurov berichten, dass sie zwar gesetzlich über das uneingeschränkte Nutzungsrecht des gepachteten Stück Landes verfügen. Inoffiziell würden sie aber von Regierungsvertretern angewiesen, das Land zu 60 %–75 % mit Baumwolle zu bestellen und nur das verbleibende Landstück zur Selbstversorgung mit Obst, Wein, Gemüse und Getreide zu nutzen. Es herrscht Unsicherheit, inwieweit ihnen das Dekret Rechtssicherheit bietet, wenn sie sich dieser Weisung widersetzen. Auf diese Weise steht die tatsächliche Agrarpolitik der Regierung im Widerspruch zu den von ihr auf den Weg gebrachten rechtlichen Vorstößen von 1992 und 1996.

Aber auch die gesetzlichen Regelungen selbst sind problematisch. Eine der offiziellen Pachtbedingungen des Dekretes Nr. 522 lautet, dass Mitglieder einer »Dehkan-Farm« auch die frühere Verschuldung der Kolchose oder Sowchose übernehmen müssen. Das hat zur Folge, dass die Baumwollbetriebe heute mit 280 Mio. US-Dollar hoch verschuldet sind – und diese Verschuldung steigt täglich weiter an. Hinzu kommt, dass die Mitglieder einer Dehkan-Farm die Baumwolle nicht selbst exportieren dürfen, sondern den Export Joint Ventures oder der Regierung überlassen müssen. Die Bauern können aus eigener Kraft oft nicht mehr aus der Schuldenfalle herauskommen und sind von den Banken abhängig. Nach der eigenen Einschätzung vieler Bauern gehört das Land heute im Grunde gar nicht mehr ihnen, sondern den Kreditinstituten.

Die aktuelle Lage in der tadschikischen Landwirtschaft ist bedenklich. Durch die Bevorzugung der Baumwolle wird in diesem Jahr ein noch viel größerer Engpass in der Getreideversorgung entstehen als bisher. Tadschikistans Bedarf an Weizen und Weizenmehl, dem Hauptnahrungsmittel der tadschikischen Bevölkerung, liegt 2008 bei 1,5–1,6 Mio. Tonnen. Tadschikistan produziert dagegen jährlich nur 261.800 Tonnen Weizen und Bohnen, daher muss das Land 2008 über 1 Mio. Tonnen Getreide importieren. Die Getreideanbaufläche nimmt zwar zu, aber der Anbau wird nur auf marginalen Flächen – meistens als »Regenfeldbau« – derzeit auf 228.000 ha betrieben. Da in diesem Frühjahr kaum nennenswerte Niederschläge gefallen sind, wurden viele dieser Felder nicht bestellt, und die, die bestellt wurden, befinden sich jetzt schon in einem erbärmlichen Zustand. Das Getreide kann allenfalls als Tierfutter verwendet werden. Bauern in den Distrikten Safarobod, Mastschoch und Gafurov schätzen, dass sie in diesem Jahr nur ca. 40 %–50 % der letztjährigen Ernte an Weizen und Gerste einfahren werden. Der Vorsitzende einer Dekhan-Farm im Distrikt Safarobod berichtete aber in einem Privatgespräch, dass in seinem Betrieb zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln statt wie bisher 3.000 ha in diesem Jahr 5.000 ha Land mit Mais, Bohnen und Hirse bestellt wurden.

Baumwolle wird auch in diesem Jahr auf fruchtbaren Böden angebaut, wo die Wasserversorgung gesichert ist. Allerdings wird auch ihr Ertrag 2008 kaum besser als beim Getreide ausfallen, denn die Aussaat konnte in diesem Jahr erst mit einem Monat Verspätung stattfinden. Wegen Strommangel konnten die Bewässerungspumpen nicht rechtzeitig in Betrieb genommen werden. Das Ergebnis der Agrarpolitik der Regierung ist also verheerend.

Umwelt- und Gesundheitsrisiko Baumwollanbau

Klimatisch gesehen kann Baumwolle nur unter tropischen und subtropischen Bedingungen in einem Streifen zwischen dem 36. Breitengrad Süd und dem 43. Breitengrad Nord – bekannt auch als »Baumwollanbaugürtel« – angebaut werden. Weltweit werden etwa 33 Mio. ha Ackerflächen in über 100 Ländern damit bestellt, was in etwa der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Geographisch betrachtet gehört Tadschikistan zu den semiariden Zonen der Welt, wo die für den Baumwollanbau benötigte Niederschlagsmenge eigentlich fehlt. Dennoch werden die Sorten *Gossypium hirsutum* L. und *Gossypium barbadense* in Tadschikistan kultiviert. Die qualitativ beste Sorte, *Gossypium barbadense*, mit einer Faserlänge von über 28 mm, ist auch die anspruchsvollste, weil sie kon-

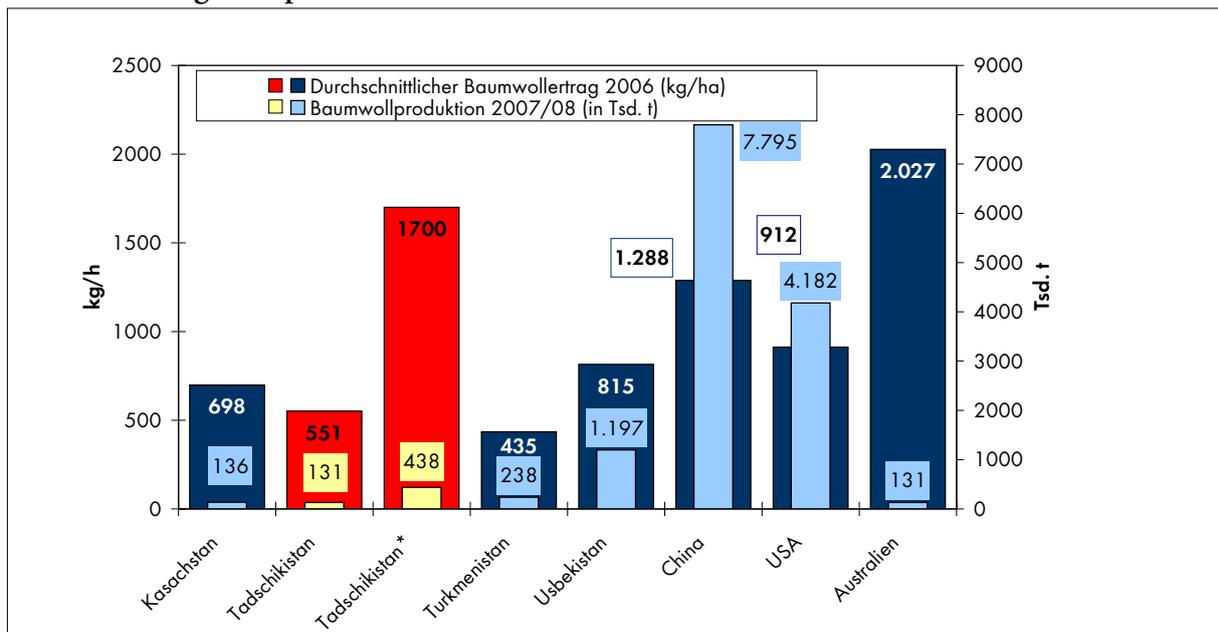
stante Klimaverhältnisse, gleichmäßige Nährstoff- und Wasserversorgung und hohe Bodenfruchtbarkeit benötigt. Die Niederschläge in Tadschikistan variieren je nach Region zwischen weniger als 100 mm im Südwesten und 2.400 mm in den Gletschergebieten, durchschnittlich liegen sie bei 691 mm pro Jahr. Der Wasserbedarf von *Gossypium Barbadense* liegt jedoch – in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren wie Anbauregion und -methode, Klima und Verdunstung etc. – bei 800 mm bis 1.900 mm pro Vegetationsperiode. Deshalb kann in Tadschikistan Baumwolle nur mit Hilfe von Bewässerung angebaut werden, die ihrerseits zahlreiche Risiken für die ökologische Tragfähigkeit in sich birgt, wenn sie nicht sachgemäß durchgeführt wird.

Wie oben angedeutet wird Baumwolle in Tadschikistan auf ökologisch fragilen Standorten angebaut. Das Wasser für die Bewässerung stammt hauptsächlich aus den Flüssen Syr-Darja und Amu-Darja bzw. deren Zuflüssen, die auch gleichzeitig den Aralsee speisen und die Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen. Durch die extensive Bewässerung bahnte sich die erste ökologische Katastrophe schon in der Sowjetzeit an. Der Aralsee, einst so groß wie Bayern, erlebte durch die extrem hohe Wasserentnahme aus den Zuflüssen zum Zwecke der Bewässerung von Baumwollfeldern einen Kollaps. Binnen 20 Jahren verschwand ein gewaltiger Wasserkörper aus der Region.

Wie allgemein bekannt ist, reagieren aride und semiaride Gebiete auf inadäquate menschliche Eingriffe besonders empfindlich. Durch die Kulturnahme von

marginalen Flächen haben in Tadschikistan exzessive Bewirtschaftung, Überweidung, Waldrodung, makro- und mikroklimatische Veränderungen sowie falsche Bewässerung vielerorts schon lange einen »Devastierungsprozess« eingeleitet. Der Wasserverbrauch ist in Zentralasien wegen des Baumwollanbaus von 60 Mio. m³ im Jahr 1960 auf 105 Mio. m³ im Jahr 1999 gestiegen. Tadschikistan staut jährlich knapp 12 km³ Wasser auf, davon werden 92 % für die Landwirtschaft verbraucht. Der Nutzungskoeffizient der tadschikischen Wasserkanäle liegt bei 40 % bzw. 60 %. Das heißt, dass erhebliche Wassermengen in Kanälen versickern oder anderweitig durch Bewässerungsverfahren und den Versalzungs- und Verdunstungsgrad verloren gehen. Die Bewässerungsfläche Tadschikistans ist 719.200 ha groß. Nach Plänen der Regierung sollen bis 2010 weitere 36.000 ha für die Bewässerung erschlossen werden. Heute sind schon 16 % der Böden versalzen (d.h. toxische Ionen übersteigen 0,5 % des gesamten Bodengewichts), rund 600.000 ha brauchen eine adäquate Drainage, um weiterhin nutzbar zu bleiben. An der Versalzung ist zum einen die Bewässerungspraxis schuld, weil sie den natürlichen Gegebenheiten, vor allem dem Bodenuntergrund – häufig Lehm Böden mit geringer hydraulischer Permeabilität – zu wenig angepasst ist. Zum anderen sind hohe Wassergaben für den Baumwollanbau in Verbindung mit der ungenügenden Meliorationskapazität der Entwässerungsanlagen dafür verantwortlich zu machen. Eine weitere Ursache der Versalzung ist der hohe Düngemiteinsatz, der

Baumwollertrag und -produktion



Quellen: * = State Committee on Statistics of Tajikistan; www.stat.tj/english/tables.htm (Angaben für 2006); sonst: US Department of Agriculture/Foreign Agricultural Service; www.fas.usda.gov/cotton/circular/2008/June/cottonfull0608.pdf

jedoch durch den Monokulturanbau notwendig wird und immer weiter ansteigt, sowie die Mehrfachverwendung des Bewässerungswassers. Da Wasser ein Lösungsmittel ist und es die gelösten Stoffe (Düngemittel, Pestizide, Herbizide etc.) mit sich führt, akkumulieren sich die genannten Stoffe in den Böden, wenn es mehrmals für die Bewässerung verwendet wird.

Während in den USA Baumwollerträge von nur 912 kg/ha erzielt werden, sind die in Tadschikistan offiziell erreichten 1,7 t/ha Weltspitze (Das US Department for Agriculture gibt für Tadschikistan nur einen Hektar ertrag von 551 kg an. Anmerkung der Redaktion). Aber diese können nur durch massiven Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Bewässerung erreicht werden. Nach einigen intensiven Anbauperioden mit Baumwolle verlieren fruchtbare Böden durch den Gifteinsatz ihre Fruchtbarkeit, und dies nicht nur für den Baumwollanbau, sondern auch für den Anbau anderer Kulturen. Baumwolle ist in Monokulturanbau durch zahlreiche Krankheiten bedroht, die nur durch sehr hohe Giftapplikationen bekämpft werden können. Sie wird daher während einer Vegetationsperiode je nach Standortbedingungen 14–30 Mal gegen zahlreiche Krankheiten gespritzt. Auf den Baumwollfeldern der Welt werden jährlich 10 % der gesamten Weltproduktion von Pestiziden und 25 % von Insektiziden appliziert. Dadurch gelangen durchschnittlich ca. 9 kg reiner Wirkstoff pro Jahr und Hektar in den Boden, die Tendenz ist steigend. Die Preise für diese Mittel stiegen zwischen 1945 und 1985 um das 195fache, daher subventioniert die US-Regierung den Baumwollanbau schon lange. Der Anbau von genmanipulierter Baumwolle, die resistent gegen Schädlinge ist (man hat in das Erbgut der Baumwolle *Bacillus thuringiensis* (Bt) eingebaut, der Gifte gegen Schaderreger wie z.B. Baumwollkapselkäfer, -würmer, -bohrer, Spinnmilben u.a. produziert), ist ökologisch umstritten und erhöht außerdem die Abhängigkeit der Bauern von den großen Saatgutherstellern.

Weg von der Monokultur

Trotz der niederschmetternden Schilderung der agrarwirtschaftlichen Situation in Tadschikistan gibt es auch Hoffnungsschimmer für die Bauern. So finanzieren die

EU, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) Vorhaben, die Bauern beim Erwerb von Landtiteln und der Diversifizierung ihrer Betriebe unterstützen sollen. Darüber hinaus drängen sowohl Akteure der Entwicklungszusammenarbeit als auch die ADB auf eine politische Lösung der hohen Verschuldung der »Dehkan-Farmen«.

In Zukunft sollte die Beratung der Regierung intensiviert werden: Eine weitere Liberalisierung des Agrarrechts, die Einhaltung des Landreformgesetzes und vollständige Autonomie der Bauern hinsichtlich der Auswahl der Anbaukulturen auf ihren Betrieben wären ein großer Schritt nach vorn. Der Staat sollte seine Monopolstellung hinsichtlich des Baumwollanbaus zu Gunsten von Alternativkulturen aufgeben. Den Standortbedingungen angepasste Kulturen sowie die alternative Bewirtschaftung von marginalen Flächen müssen gezielt gefördert werden. Erste positive Erfahrungen mit verschiedenen Medizinalpflanzen in den Vorgebirgsregionen Nordtadschikistans und der Pamirregion bestätigen dies. Das sind Sofortmaßnahmen, die den tadschikischen Bauern helfen könnten, genügend Nahrungsmittel für sich selbst und für die tadschikische Bevölkerung zu produzieren bzw. Einkommen mit Alternativkulturen zu erwirtschaften.

Längerfristig sollte die tadschikische Regierung mit Hilfe des Auslands dafür sorgen, landesweit einen kompetenten landwirtschaftlichen Beratungsdienst ins Leben zu rufen. Er sollte über die Kompetenz verfügen, die Bauern bei der Umstellung ihrer Betriebe zu unterstützen und dabei negative ökologische Auswirkungen verringern helfen. Zu einem modernen Agrarmanagement gehören auch private Investoren, die landesweit landwirtschaftliche Produktionsmittel vertreiben, und seriöse Kreditinstitute, die auch die ökonomischen Interessen der Bauern bei der Kreditvergabe berücksichtigen. Schließlich ist die Infrastruktur des ländlichen Raums zu erwähnen, die sich derzeit in einem erbärmlichen Zustand befindet. Diese Rehabilitierung kann den Produzenten helfen ihre Produkte auf den Märkten des Landes zu verkaufen.

Über den Autor:

Dr. Mir Salam Sirak ist in Afghanistan geboren, 1972 kam er nach Deutschland, hat Agrarwissenschaften studiert und an der Uni Kiel gelehrt. Seit 2007 ist er im Norden von Tadschikistan (Chudschand) für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in der Organisation JOVID als Berater tätig. Siehe <http://zentralasien.ded.de>

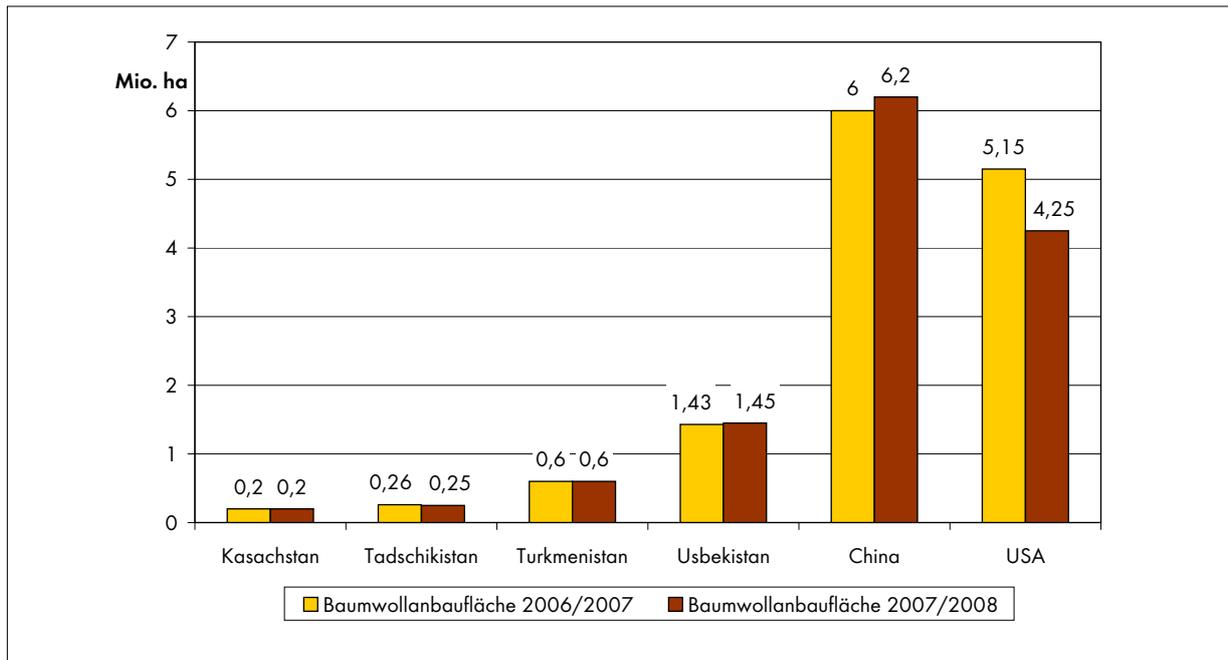
Lesetipps:

- UNEP/GRID-Arendal (2002): Tajikistan State of Environment Report 2002. <http://enrin.grida.no/htmls/tadjik/soe2001/eng/stellent/groups/public/documents/ena/wfp178407.pdf>
- World Food Programme (2008): Integrated Food Security and Humanitarian Phase Classification. <http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/ena/wfp178407.pdf>
- Van Atta, D. (2008): King Cotton freezes Tajikistan. <http://www.cacianalyst.org/?q=node/4819>

Tabellen und Grafiken zum Text

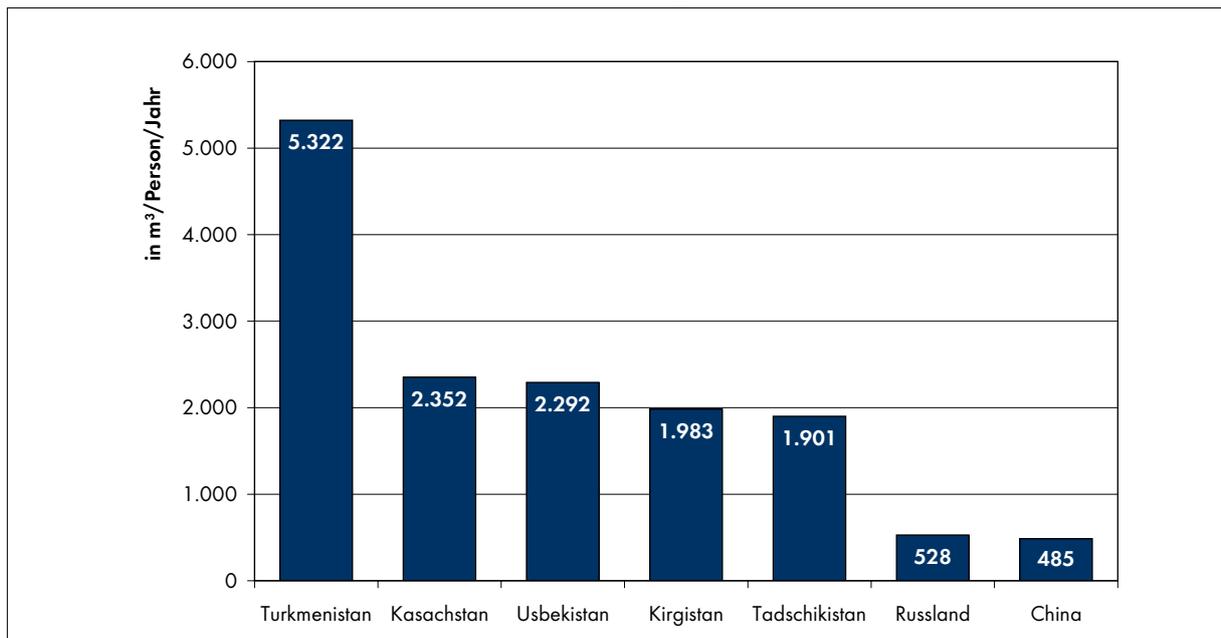
Statistiken zu Landwirtschaft und Wasserverbrauch in Zentralasien

Anbaufläche von Baumwolle 2006/07 und 2007/08 (in Mio. ha)



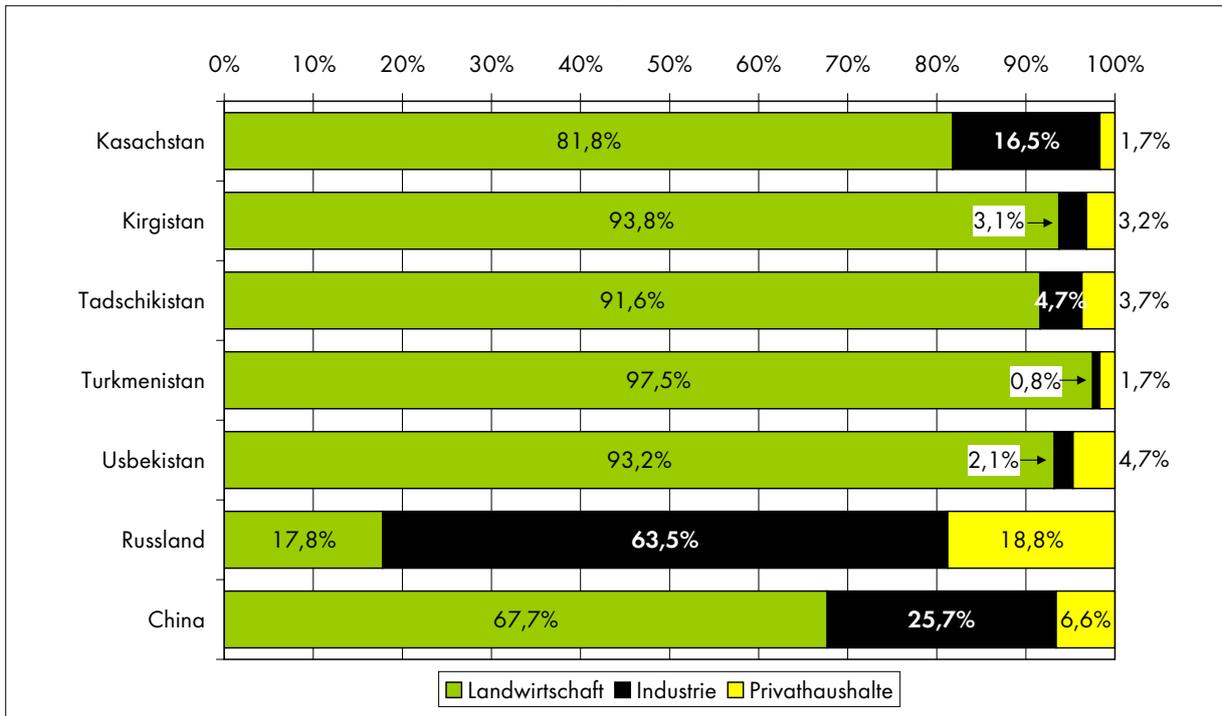
Quelle: US Department of Agriculture/Foreign Agricultural Service; www.fas.usda.gov/cotton/circular/2008/June/cottonfull0608.pdf

Wasserentnahme absolut 1998–2002 ((in m³/Person/Jahr)



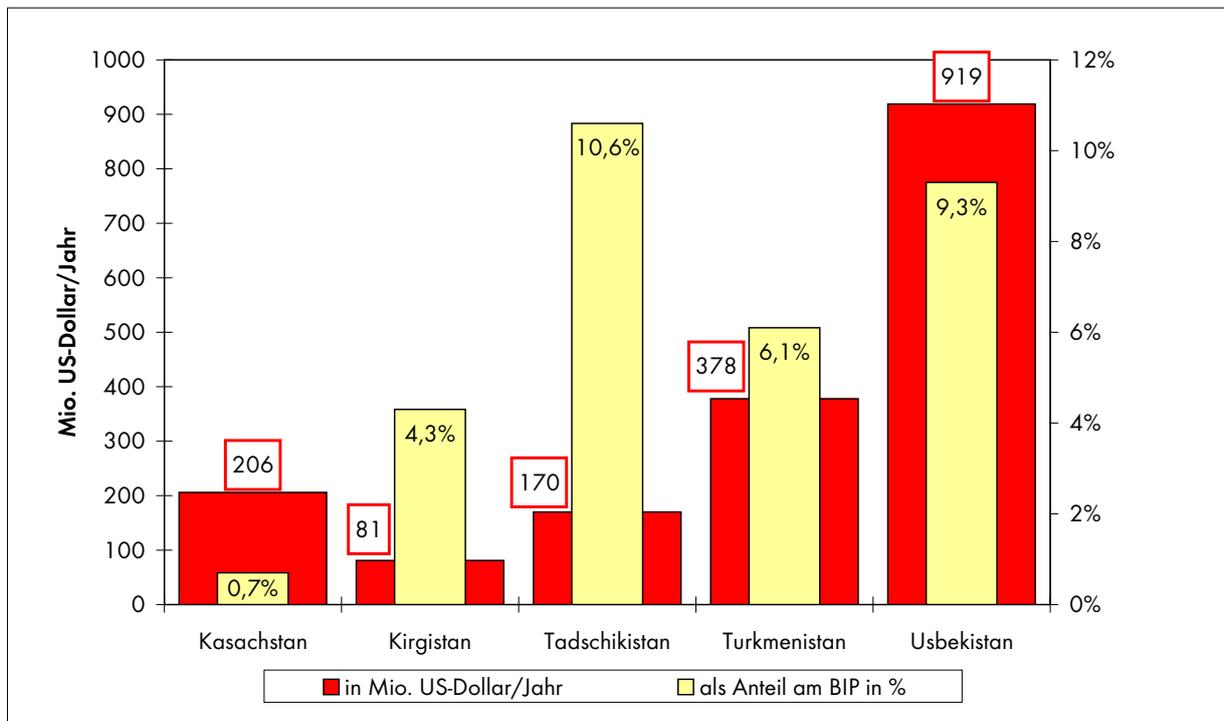
Quelle: FAO Aquastat Database; www.fao.org/nr/water/aquastat/dbase/index.stm

Anteil von Sektoren an absoluter Wassernutzung 2000 (in %)



Quelle: FAO State of Food and Agriculture 2006; www.fao.org/docrep/010/a1200e/a1200e00.htm

Schätzungen über landwirtschaftliche Verluste aufgrund schlechten Managements von Bewässerungssystemen



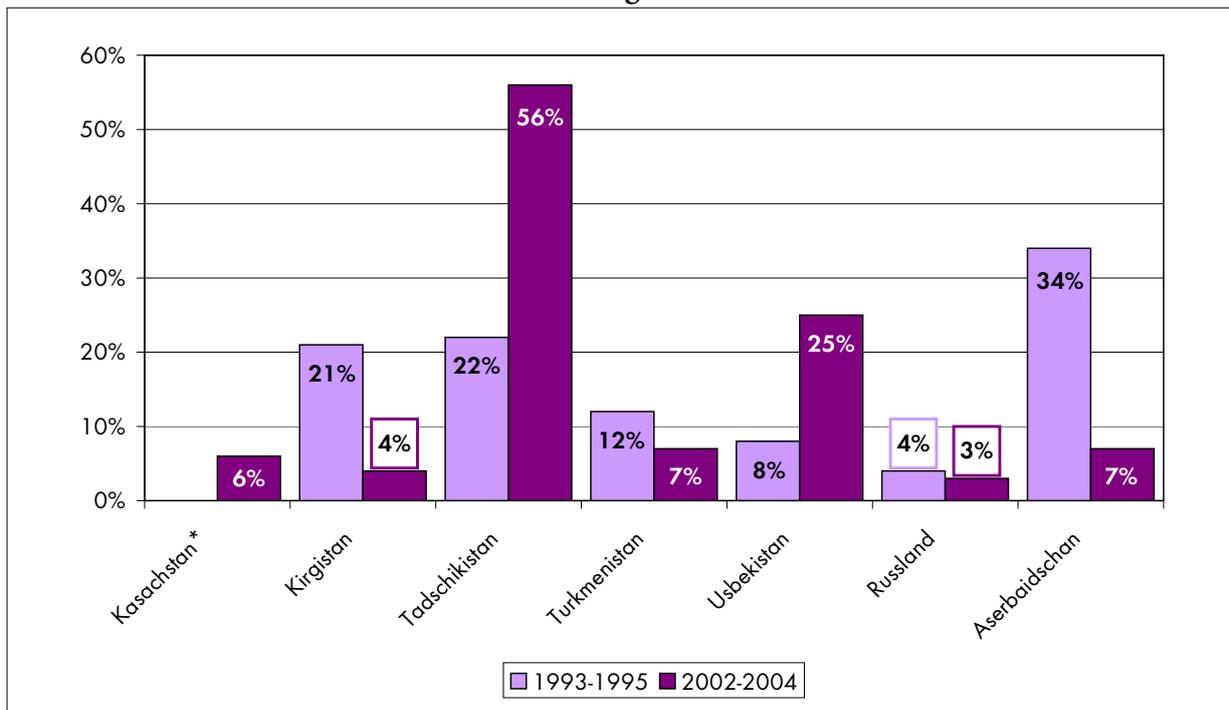
Quelle: Central Asia Human Development Report 2005;
http://hdr.undp.org/en/reports/regionalreports/europethecis/central_asia_2005_en.pdf

Verbrauch von Kunstdünger (in t, 2002)

Kasachstan	64.900
Kirgistan	27.600
Tadschikistan	27.900
Turkmenistan	97.800
Usbekistan	718.300
Russland	1.474.000
China	39.604.666

Quelle: FAO Statistical Yearbook 2005/2006, Vol.2: www.fao.org/statistics/yearbook/vol_1_2/index.asp

Anteil Unterernährter an der Gesamtbevölkerung



* = keine Werte für 1993–1995; Quelle: UNDP Human Development Report 2007/08;
http://hdr.undp.org/en/media/hdr_20072008_en_complete.pdf

Dokumentation

Schwache Staaten? Die Bewertung der zentralasiatischen Staaten in Länder-rankings zu Instabilität und Krisenanfälligkeit

Usbekistan und Turkmenistan sind schwache Staaten, meldeten einige Nachrichtenagenturen im April 2008. Was bedeutet das? Nach welchem Maß misst man die Stabilität eines Staates? Welche politischen und wirtschaftlichen Implikationen hat dieser Befund?

Orientiert am westlichen Staatsbegriff (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt) gelten Staaten als stabil, in denen die Zentralgewalt die staatlichen Kernfunktionen: Gewährleistung der Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit, auf ihrem abgegrenzten Territorium und die dort lebende Bevölkerung ausüben/sicherstellen kann. Darüber hinaus ziehen verschiedene Autoren weitere unterschiedliche Faktoren zu ihrer Definition heran.

Staaten können diese Kriterien in unterschiedlichem Maße verfehlen, d.h. nicht mehr in der Lage sein, diese Leistungen für ihre Bürger zu erbringen. Diese Unterschiede werden von verschiedenen Wissenschaftlern mit verschiedenen Definitionen belegt, die nicht unbedingt einheitlich verwendet werden und z.T. auch politisch umstritten sind. Ganz grob wird unterschieden zwischen:

- *failed states* (gescheiterte Staaten): alle drei Kernfunktionen des Staates werden nicht mehr erfüllt;
- *failing states* (zerfallende oder versagende Staaten): das Gewaltmonopol und damit die Sicherheit ist stark beeinträchtigt, aber der Zentralstaat hat noch eine gewisse Steuerungsfunktion;
- *weak states* (schwache Staaten): das staatliche Gewaltmonopol ist noch halbwegs intakt, es sind aber Defizite in den Funktionen Wohlfahrt und Legitimität zu verzeichnen.

Es ist also staatliche Effektivität, die für die Beurteilung zählt. Ein militärisch starker oder autoritär regierter Staat kann nach diesen Definitionen schwach sein, weil er z.B. seine militärische Stärke auf Kosten der Wohlfahrtsleistungen an die Bürger finanziert oder seine Herrschaft nicht legitim ist. Deshalb werden z.B. viele autoritäre Regime als schwach qualifiziert.

Die genannte Typologie ist kein Stufenmodell, das der Reihe nach durchlaufen werden muss. Ein *weak state* kann etwa im Falle des Todes seines autoritären Herrschers unmittelbar zum *failed state* werden. Und selbstverständlich ist die Entwicklung auch umkehrbar, *failing states* können stabil werden.

Diesen Definitionsfragen kommt politische Bedeutung zu. In der Vergangenheit waren vom Zerfall bedrohte oder bereits zerfallende Staaten »nur« Objekte der Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe. Das hat sich nach dem 11. September 2001 geändert. Nun sind sie sicherheitspolitisch relevant geworden. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2002 heißt es zum Beispiel, dass die Vereinigten Staaten weniger durch aggressive als durch *failed states* gefährdet seien. Auch westeuropäische Regierungen bewerten nun Staatsschwäche nicht mehr als innere Angelegenheit, sondern als Bedrohung des Friedens und regionales, wenn nicht globales Sicherheitsrisiko. Denn schwache Staaten gelten als anfällig für Krieg und Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Waffenhandel, Seuchen und Umweltzerstörung. Staatliche Instabilität hat überdies die Tendenz, sich auf die Nachbarstaaten auszudehnen. Die politischen Folgen dieser Neubewertung reichen bis zur Rechtfertigung von Interventionen in vor dem Zerfall stehenden oder zerfallenden Staaten, z.B. in Afghanistan.

Die Erstellung qualitativer und vor allem quantitativer Rankings über die Stabilität von Staaten ist ein Reflex auf die höhere Bedeutung, die die Politik diesem Thema seit 2001 beimisst. Nahezu alle derartigen Länderrankings erheben den Anspruch, der Politik eine leicht handhabbare Hilfe für sicherheitspolitische Entscheidungen zu bieten. Die Problematik dieses hohen Anspruches machen schon die oben erwähnten verschiedenen Definitionen und Benennungen deutlich. Sie verstärkt sich noch, wenn man die Kriterien betrachtet, die die einzelnen Herausgeber ihren Tabellen zugrunde legen.

Noch stärker als bei politischen oder wirtschaftlichen Länderrankings stellt die Datengrundlage bei der Bewertung von staatlicher Stabilität ein Problem dar. Schon bei funktionierenden Staaten beklagen die Ersteller der Rankings das Fehlen oder die offensichtliche Verfälschung wichtiger statistischer Daten. In Staaten, die selbst die Sicherheit ihrer Bürger und die Integrität ihres Territoriums nicht mehr gewährleisten (können), fehlen selbstverständlich noch viel mehr Daten. Man ist also auf Schätzungen und Eindrücke externer Beobachter angewiesen. Der subjektive Anteil ist hier also noch höher, als bei anderen Rankings. Darüber dürfen Messbarkeit und Objektivität ausstrahlende, umfangreiche Tabellen nicht hinwegtäuschen.

Rankings sagen nichts über Auslöser des Staatszerfalls und etwaige Regeln oder Gesetzmäßigkeiten aus. Darüber ist bisher auch nur wenig bekannt. Offenbar besteht aber keine direkte Korrelation zwischen Grad der Staatsschwäche laut Rankings und Gefährdung, d.h. die schwächsten Staaten sind nicht automatisch die, von denen die größte Gefahr ausgeht. Die Einordnung nach westlichen normativen Maßstäben wird außerdem der Situation in außereuropäischen Staaten häufig nicht gerecht.

Dass unterschiedliche Definitionen, Kriterien und Statistiken zu verschiedenen Endergebnissen führen, sieht man auch daran, dass die folgenden Rankings für die zentralasiatischen Staaten sich in einigen Fällen deutlich unterscheiden. Der Anspruch, Politikern eine Entscheidungsgrundlage zu geben, erscheint also (u.U. zu) hoch. Stabilitätsrankings können eine von mehreren Orientierungshilfen zur Beurteilung des Status eines Staates sein, mehr nicht.

Beate Eschment

Index of State Weakness in the Developing World

Erstellt von: The Brookings Institution (Washington, USA)

Seit: 2008

Häufigkeit: nicht bekannt

Daten beziehen sich teilweise auf ein Stichjahr (2004 oder 2005) und teilweise auf längere Zeiträume (bis zu 15 Jahre)

Erfasste Länder: 141 Länder

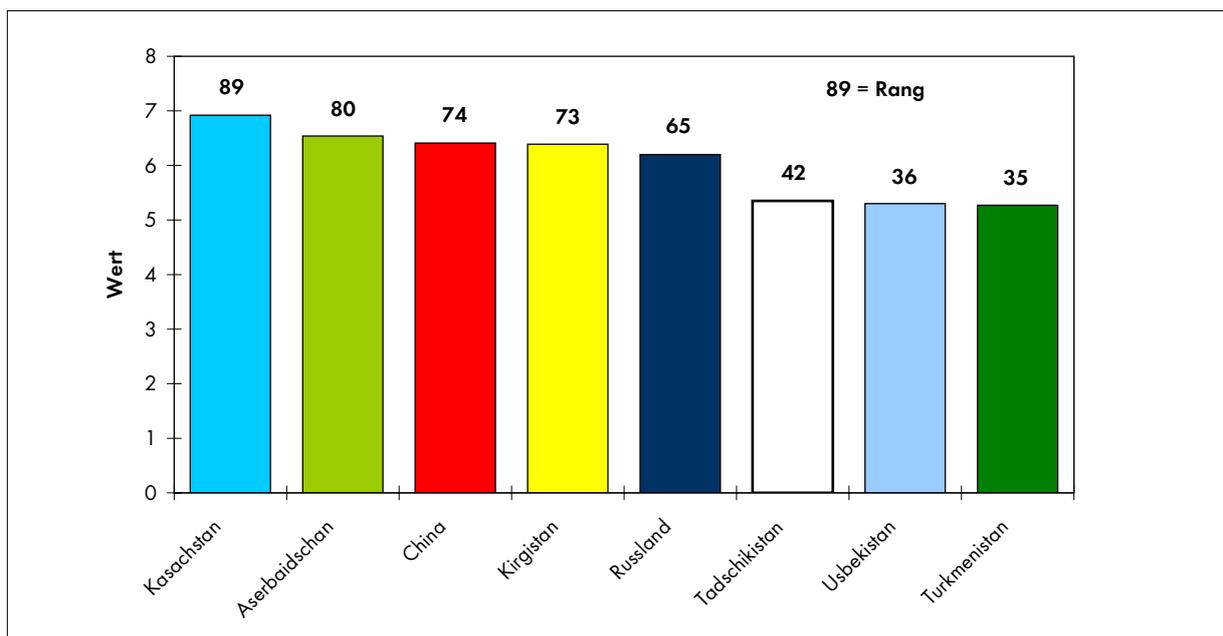
Internetadresse: http://www.brookings.edu/reports/2008/02_weak_states_index.aspx

Kurzbeschreibung:

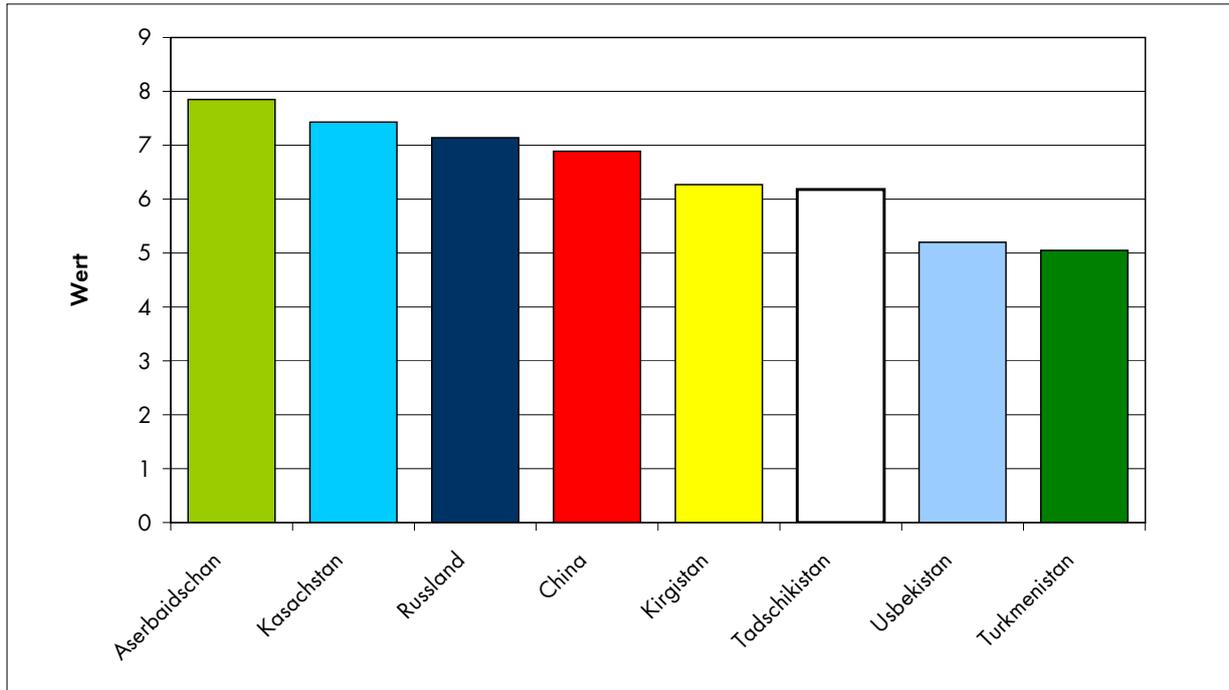
Der Index versucht die Krisenanfälligkeit von Staaten zu messen und soll der Politikberatung dienen. Vier relevante Bereiche werden in die Bewertung der Länder einbezogen: Wirtschaft; Politik, Sicherheit und soziale Wohlfahrt. Jeder dieser Bereiche wird durch 5 Indikatoren bewertet, insgesamt werden also 20 Indikatoren herangezogen. Für die Kategorien Wirtschaft und soziale Wohlfahrt werden statistische Daten und Einschätzungen zur staatlichen Regulierung genutzt. Für den Bereich Politik werden Experteneinschätzungen und Ratings von Weltbank und Freedom House einbezogen. Die Kategorie Sicherheit bezieht verschiedene Quellen zu Menschenrechten, gewalttätigen Konflikten und politischer Stabilität mit ein. Einen Überblick über alle Indikatoren gibt die Tabelle auf Seite 9 der entsprechenden Studie der [Brookings Institution](#).

Wenn mehrere Jahre in die Bewertung einfließen wird das letzte Jahr am stärksten gewichtet, die vorherigen werden entsprechend einer exponentiellen Funktion schwächer gewichtet. Die Variablen wurden standardisiert um einen allgemeinen Durchschnittswert bilden zu können und um verschiedene Indikatoren miteinander vergleichen zu können. Dafür wird jeder der 20 Indikatoren auf einer Skala von 1 bis 10 bewertet. Das Land mit der schlechtesten Note bei einem bestimmten Indikator bekommt den Wert 0, das mit der Besten den Wert 10. Dann wird für jeden Bereich der einfache Durchschnitt des Landes errechnet. Diese Werte werden wiederum neu skaliert, indem das Land mit dem schlechtesten Wert auf 0 gesetzt wird und das Beste auf 10.

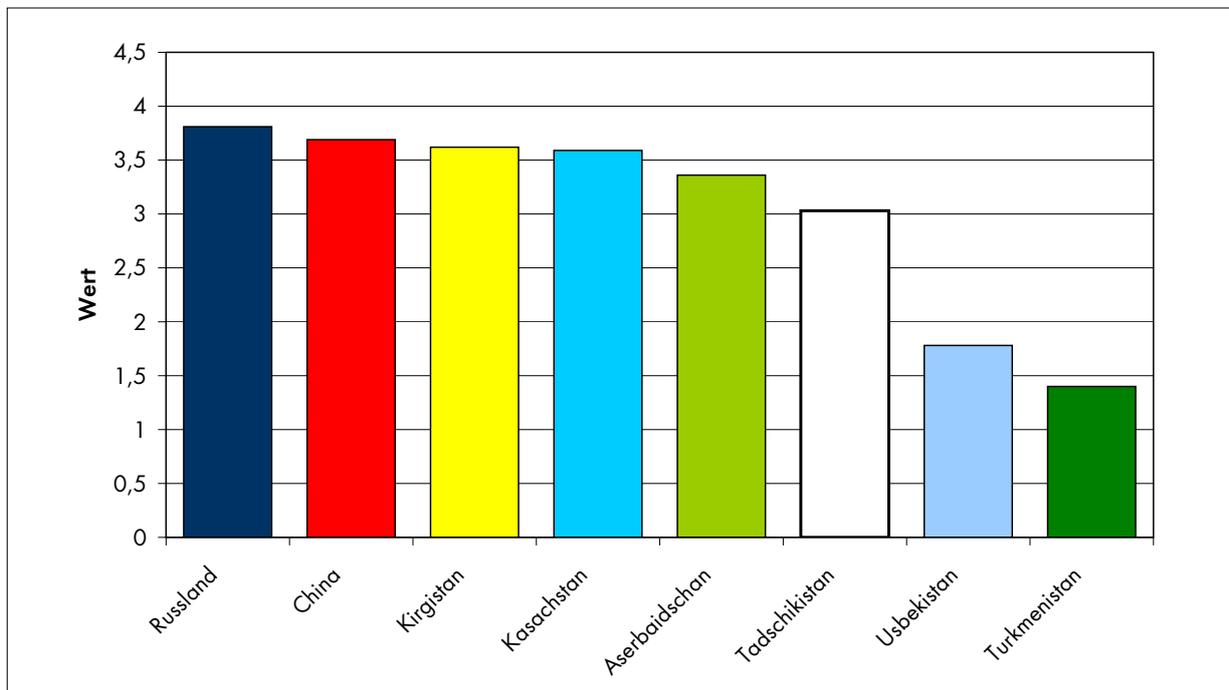
Index of State Weakness in the Developing World – Gesamtnote und Rang



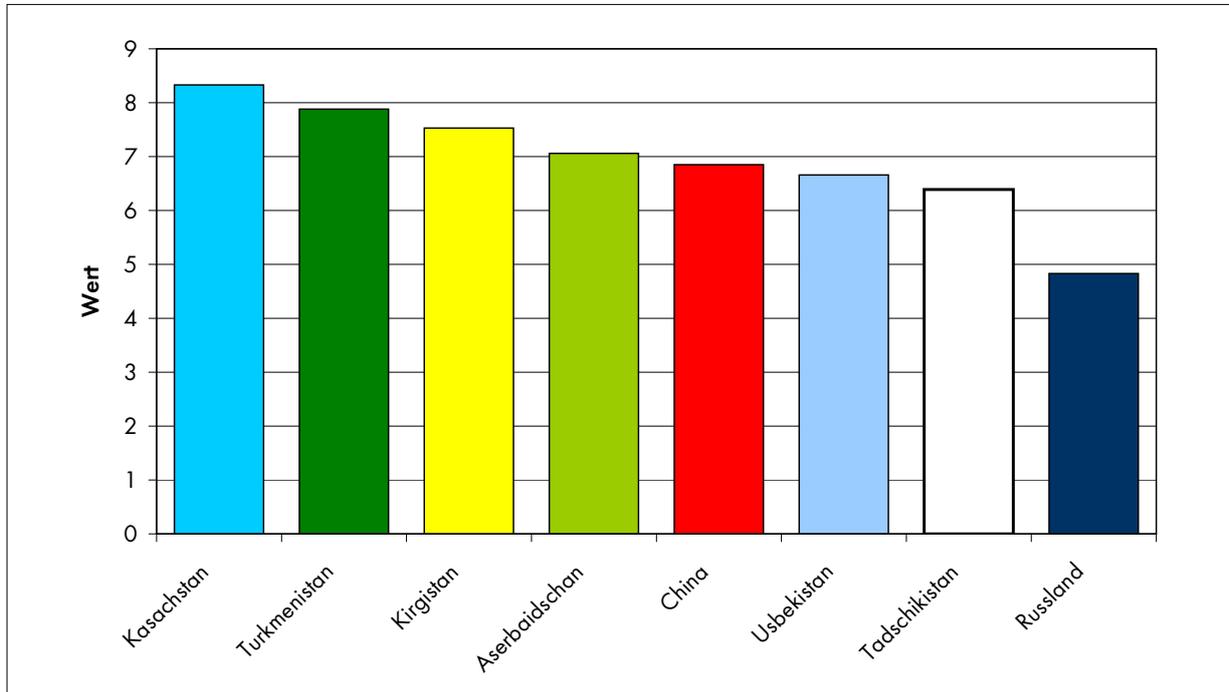
Index of State Weakness in the Developing World – Wirtschaft



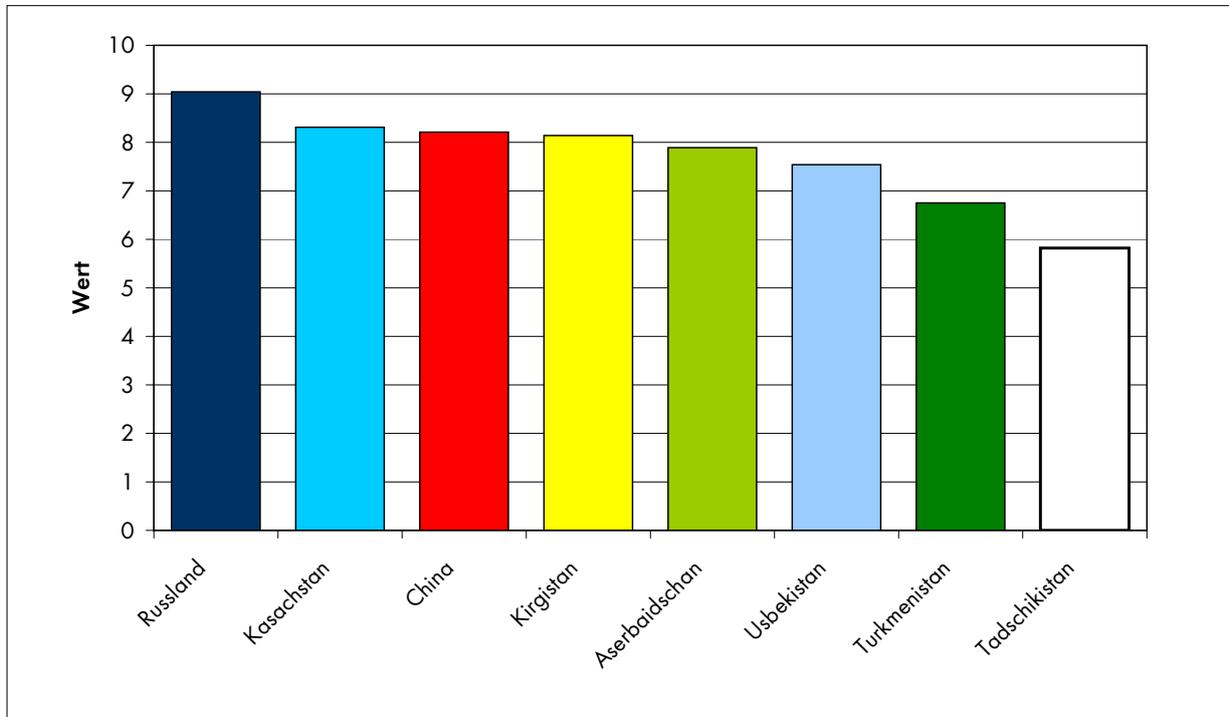
Index of State Weakness in the Developing World – Politik



Index of State Weakness in the Developing World – Sicherheit



Index of State Weakness in the Developing World – Soziale Wohlfahrt



Index of State Weakness in the Developing World – Übersicht über alle Werte

Land	Rang	Gesamtnote	Wirtschaft	Politik	Sicherheit	Soziale Wohlfahrt
Kasachstan	89.	6,92	7,43	3,59	8,33	8,31
Aserbaidschan	80.	6,54	7,85	3,36	7,06	7,89
China	74.	6,41	6,89	3,69	6,85	8,21
Kirgistan	73.	6,39	6,27	3,62	7,53	8,14
Russland	65.	6,20	7,14	3,81	4,83	9,04
Tadschikistan	42.	5,35	6,18	3,03	6,39	5,82
Usbekistan	36.	5,30	5,20	1,78	6,66	7,54
Turkmenistan	35.	5,27	5,05	1,40	7,88	6,75

Failed State Index

Erstellt von: Fund for Peace (Washington, USA)

Seit: 2005

Häufigkeit: jährlich

Daten beziehen sich auf die Monate Mai bis Dezember des Vorjahres

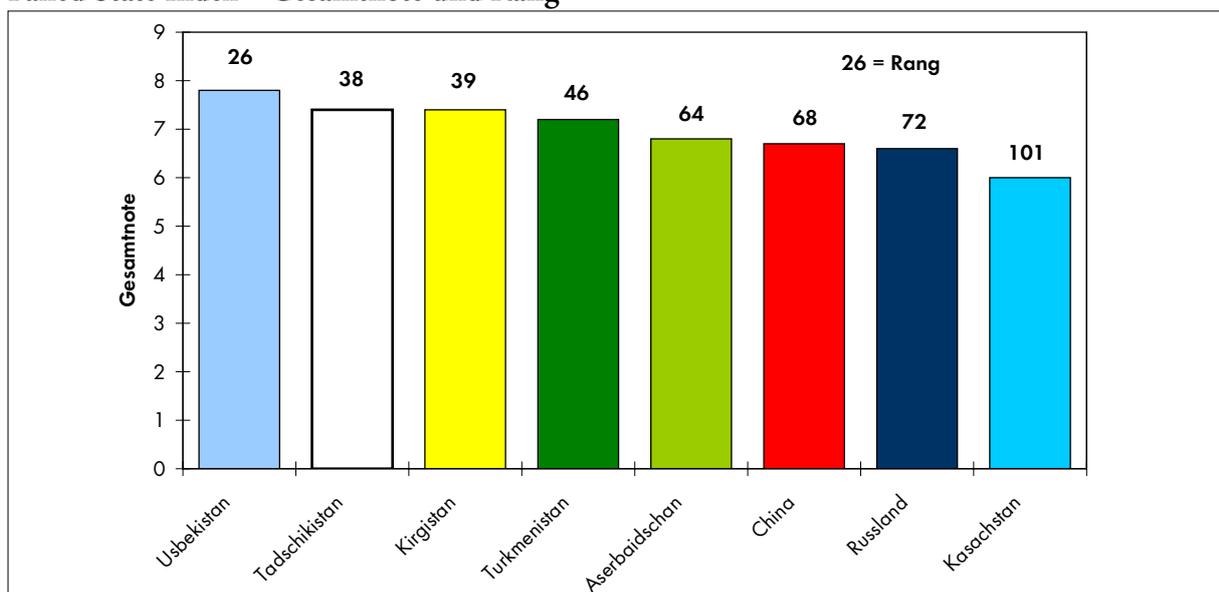
Erfasste Länder: 177 Länder

Internetadresse: http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=292&Itemid=452

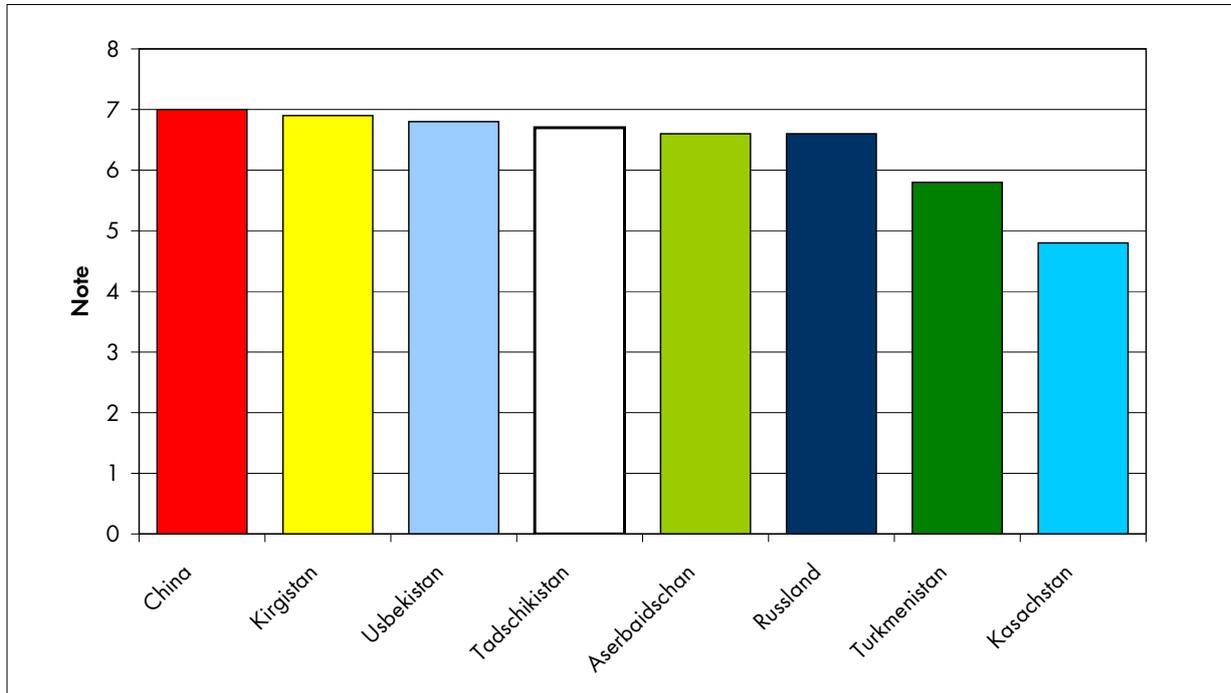
Kurzbeschreibung:

Dieser Index will die Verwundbarkeit von Staaten, ihre Anfälligkeit für Zerfall und Konflikte illustrieren. Als Datenquelle dienen hier Tausende Artikel und Berichte, sowohl der Massenmedien als auch unabhängiger und staatlicher Institutionen einschließlich etwa auch des amerikanischen Außenministeriums, die elektronisch verfügbar sind und von einer speziellen Software (CAST) automatisch ausgewertet werden. Die Auswertung wird von externen Experten überarbeitet. Insgesamt 12 Indikatoren werden zur Beurteilung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichs herangezogen, wobei jeder Indikator nach einer Skala von 0 als bester Bewertung bis 10 als schlechtester Bewertung im Sinne hoher Verwundbarkeit und Krisenanfälligkeit bewertet wird, aus deren Summe sich der Rang des Landes ergibt, wobei das schwächste Land (in diesem Fall Somalia) auf Rang 1 eingestuft wird. Zu den sozialen Indikatoren gehören beispielsweise demographischer Druck und humanitäre Katastrophen, zu den politischen die Verletzung von Menschenrechten, die Macht der Sicherheitsapparate und fehlende staatliche Steuerungsfähigkeiten sowie die Intervention externer Akteure und zu den wirtschaftlichen gehören sozioökonomische Diskriminierung und Wirtschaftskrisen.

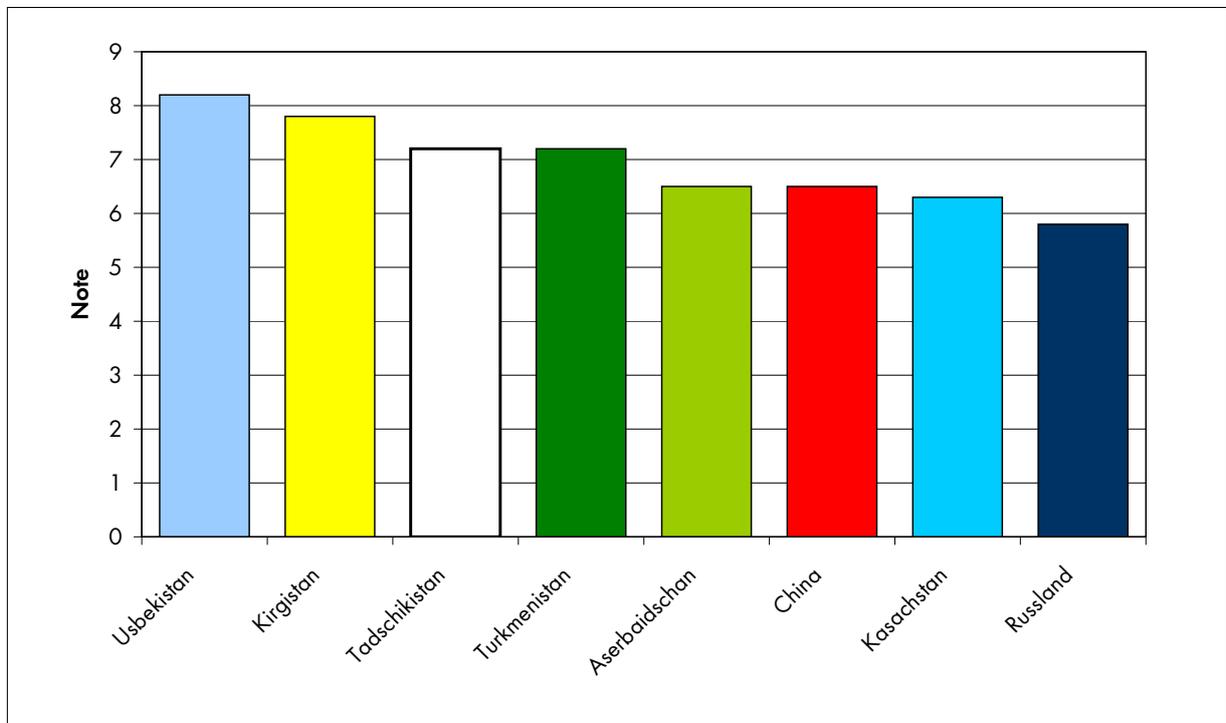
Failed State Index – Gesamtnote und Rang



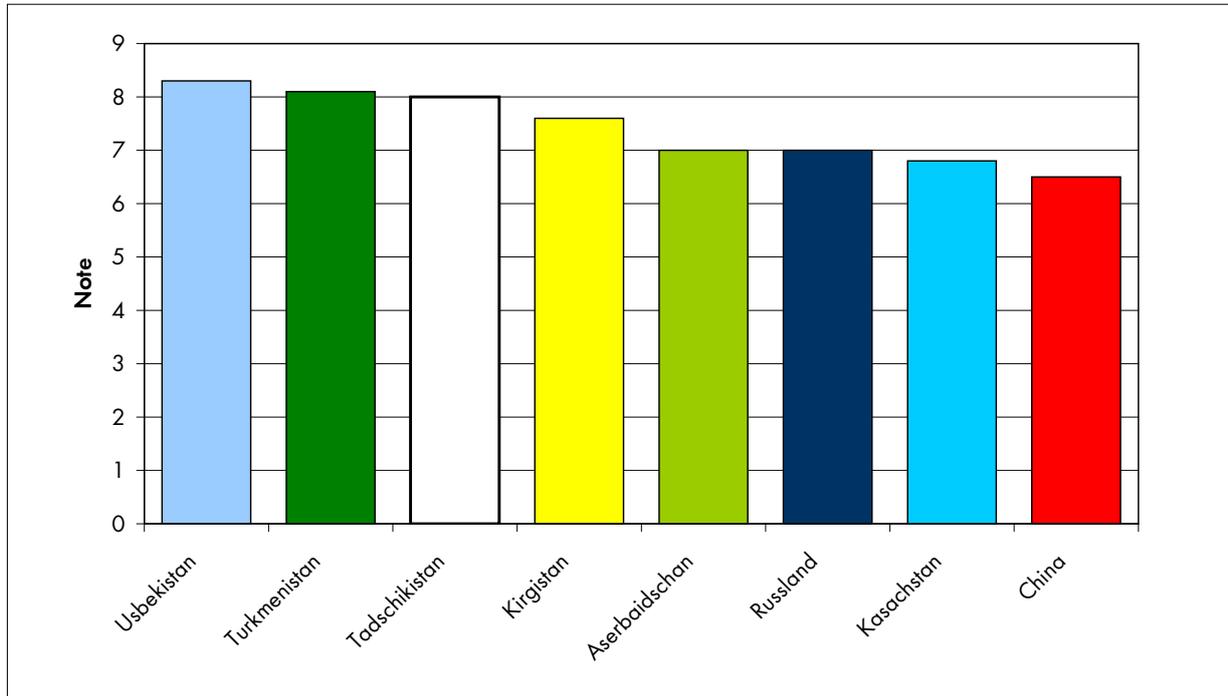
Failed State Index – Soziale Indikatoren



Failed State Index – Wirtschaftliche Indikatoren



Failed State Index – Politische Indikatoren

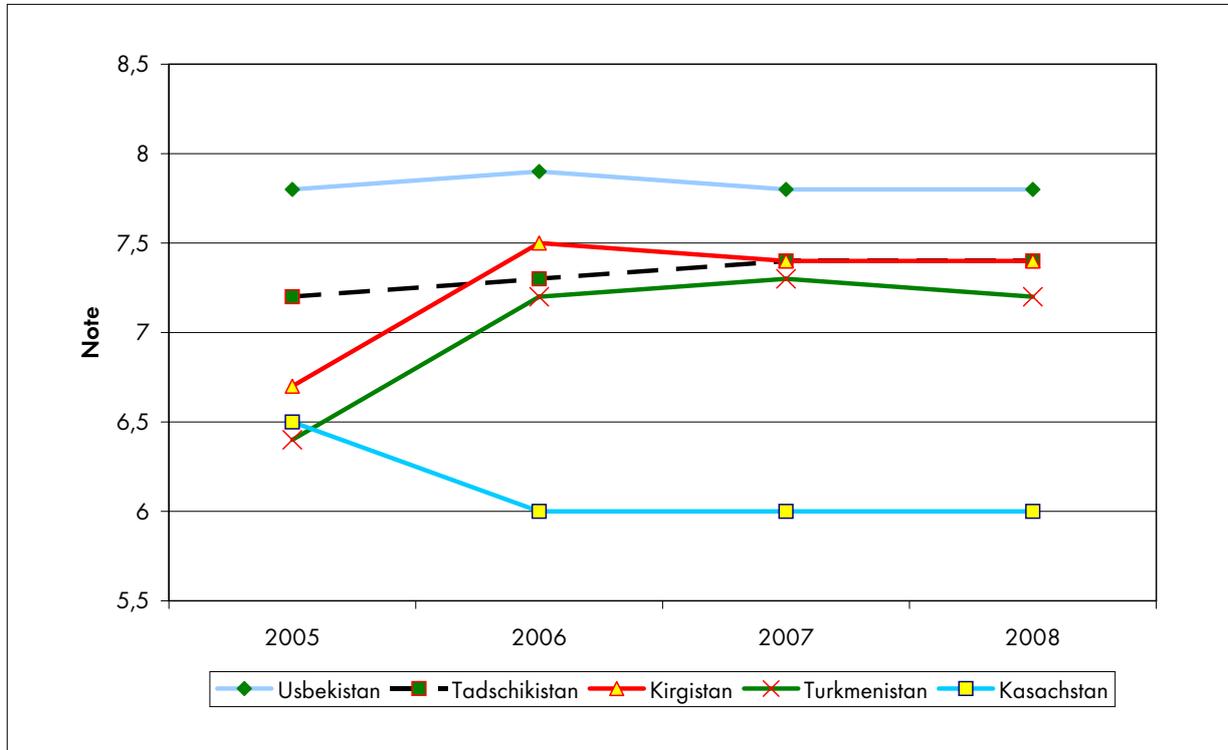


Failed State Index – Übersicht über alle Werte

Land	Rang	Gesamtnote	Soziale Indikatoren	Wirtschaftliche Indikatoren	Politische Indikatoren
Usbekistan	26	7,8	6,8	8,2	8,3
Tadschikistan	38	7,4	6,7	7,2	8,0
Kirgistan	39	7,4	6,9	7,8	7,6
Turkmenistan	46	7,2	5,8	7,2	8,1
Aserbaidshan	64	6,8	6,6	6,5	7,0
China	68	6,7	7,0	6,5	6,5
Russland	72	6,6	6,6	5,8	7,0
Kasachstan	101	6,0	4,8	6,3	6,8

Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der jeweils entsprechenden Indikatoren.

Failed States Index – Übersicht über die Gesamtnoten für die zentralasiatischen Staaten 2005–2008



Anmerkung: Durchschnittswerte nach eigenen Berechnungen basierend auf der Gesamtsumme der Indikatoren.

The Peace and Conflict Instability Ledger

Erstellt von: Center for International Development and Conflict Management (University of Maryland, USA)

Seit: 2008

Häufigkeit: jährlich

Werte beziehen sich auf eine Prognose für 2007, nach Daten von 2004

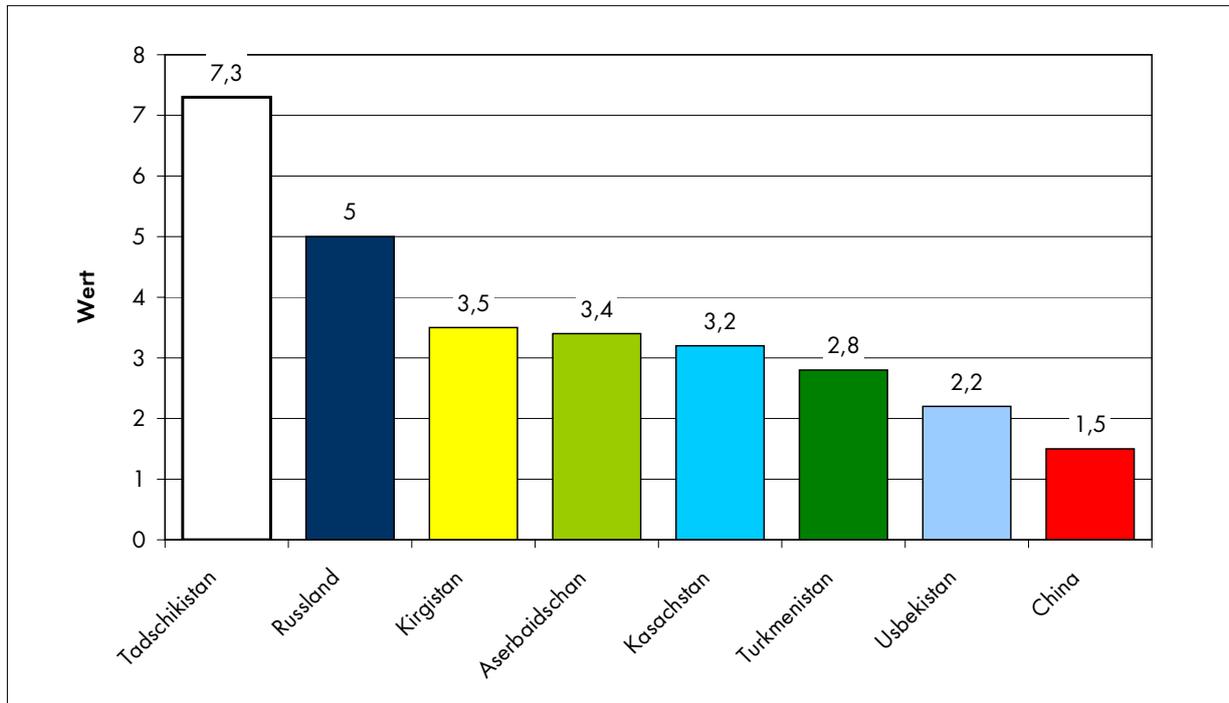
Erfasste Länder: 160 Länder

Internetadresse: http://www.cidcm.umd.edu/pc/executive_summary/pc_es_20070613.pdf

Kurzbeschreibung:

Dieser Index versucht auf die Frage zu antworten, welche Länder zukünftig ein hohes Risiko für staatliche Instabilität aufweisen. Das Risiko wird nach einem statistischen Modell berechnet, das aus Variablen zur Stabilität des Regimes, Kindersterblichkeit, Offenheit der Wirtschaft, Militarisierung der Gesellschaft und der Existenz bewaffneter Konflikte in Nachbarstaaten besteht. Diese Werte werden jedoch nicht in einfachen Zahlen aufgeführt, sondern über statistische Korrelationen in ein Punktesystem überführt. Der daraus berechnete Wert (Risk Ratio) bezieht sich auf den Durchschnittswert der 28 OECD-Staaten. Ein Wert von 7 bedeutet so z.B., dass für den entsprechenden Staat die Wahrscheinlichkeit staatlicher Instabilität siebenmal höher ist als für die OECD-Länder. Dementsprechend bedeuten höhere Werte für die Risk Ratio ein höheres Instabilitätsrisiko, ohne dass dabei eine Obergrenze existiert. Den höchsten Wert im aktuellen Ranking erhielt Afghanistan mit 39,3.

The Peace and Conflict Instability Ledger – Werte



CIFP – Failed and Fragile States

Erstellt von: Carleton University (Ottawa, Kanada)

Seit: 2006

Häufigkeit: jährlich

Daten beziehen sich jeweils auf die letzten fünf Jahre

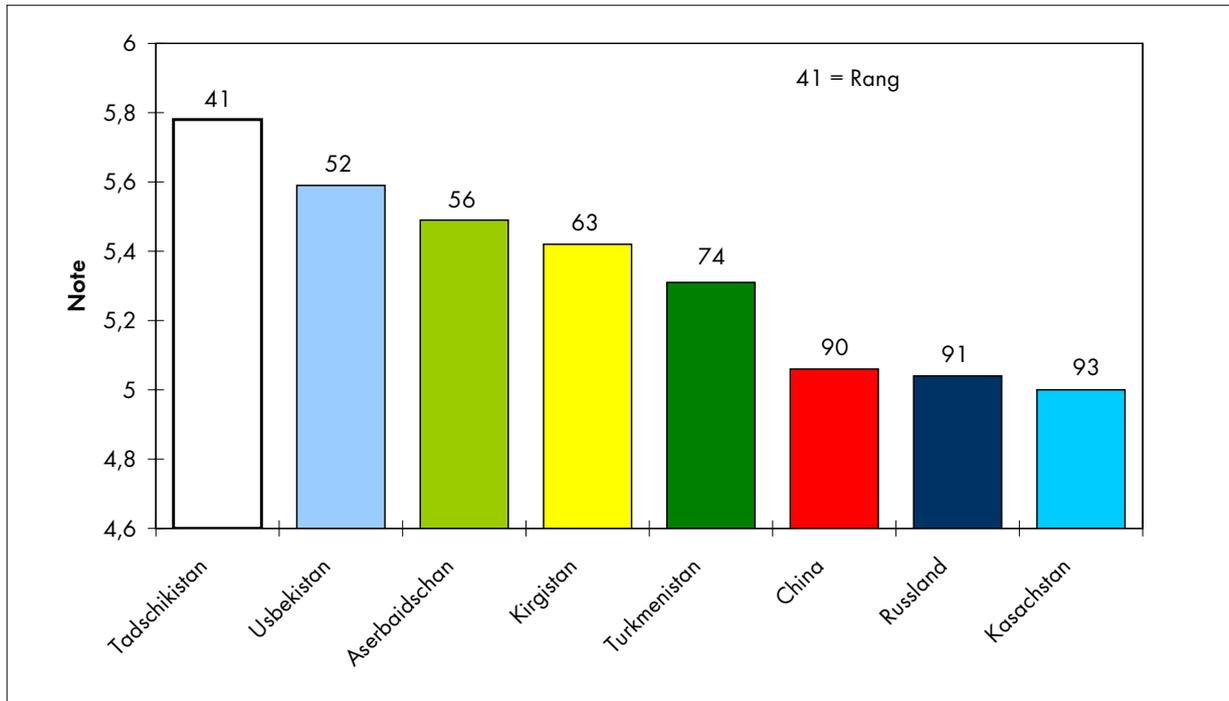
Erfasste Länder: 190

Internetadresse: <http://www.carleton.ca/cifp/ffs.htm>

Kurzbeschreibung:

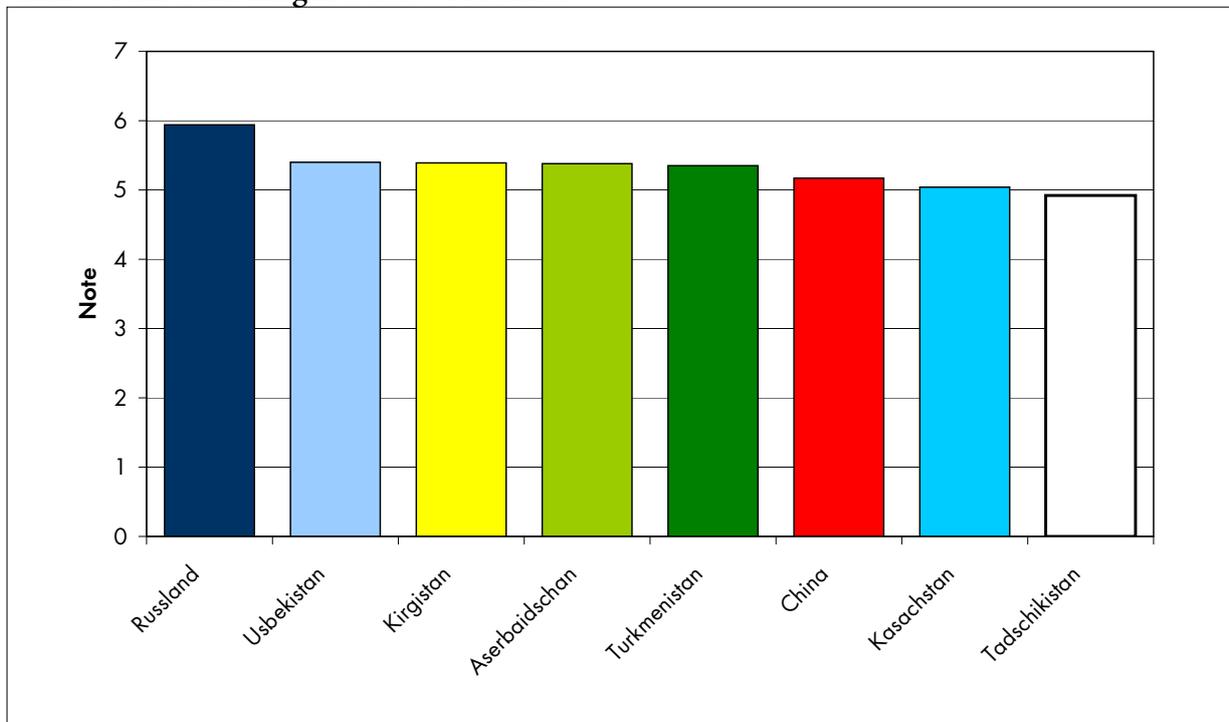
Dieser Index will Entscheidungshilfe für staatliche Akteure sein und zeigen, welche Länder am dringendsten internationale Hilfe benötigen. Es werden mehr als 70 Indikatoren aus unterschiedlichsten Quellen (Weltbank, Freedom House, UNDP) relativ bewertet und den drei Kernbereichen der Funktionsfähigkeit eines Staates – Autorität, Legitimität, Kapazität – sowie den Kategorien Regierung, Wirtschaft, Sicherheit und Kriminalität, menschliche Entwicklung, Demographie, Umwelt und Gender zugeordnet. Alle bewerteten Länder werden in 9 gleichgroße Gruppen eingeteilt, das beste Neuntel bekommt den Wert 1, das schlechteste den Wert 9. Um kurzfristige Veränderungen zu relativieren wird der Durchschnitt der letzten fünf Jahre herangezogen.

CIFP – Failed and Fragile States – Gesamtnote und Rang

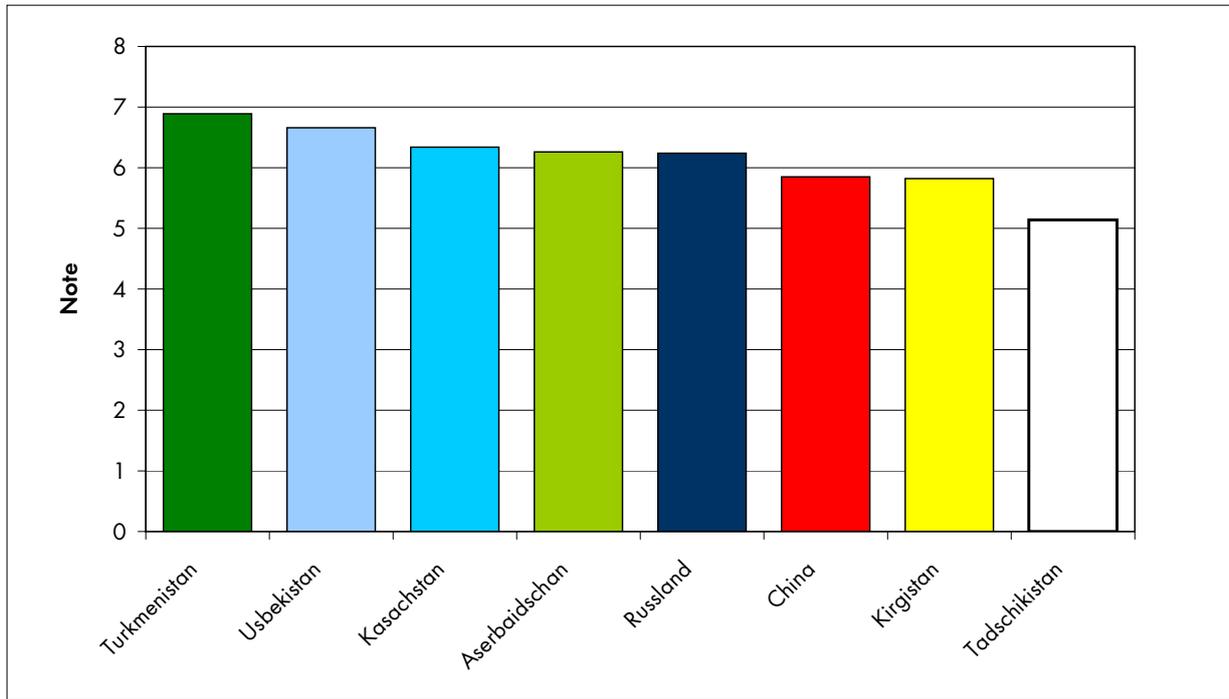


Anmerkung: Der Rang ist auf der Internetseite nicht angegeben. Angabe nach eigener Auszählung.

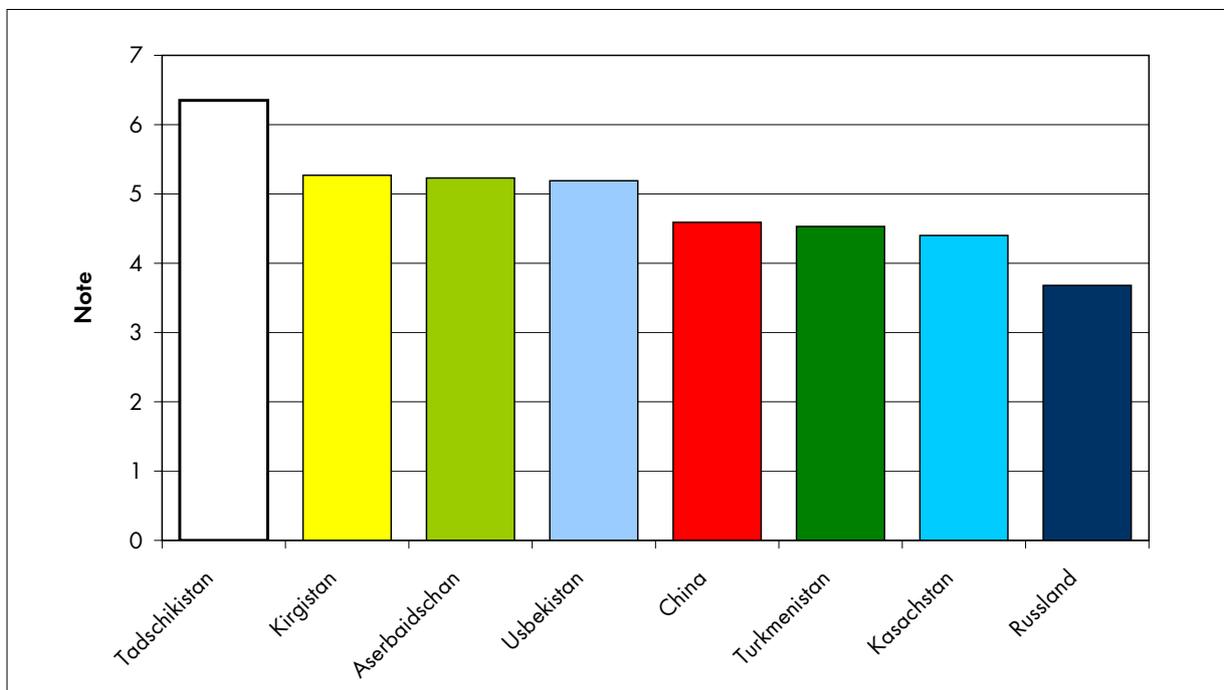
CIFP – Failed and Fragile States – Autorität



CIFP – Failed and Fragile States – Legitimität



CIFP – Failed and Fragile States – Kapazität





CIFP – Failed and Fragile States – Übersicht über alle Werte

		Fragility Index	Autorität	Legitimität	Kapazität	Regierung	Wirtschaft	Sicherheit und Kriminalität	menschliche Entwicklung	Demographie	Umwelt	Gender
Tadschikistan	41	5,78	4,92	5,14	6,35	6,02	7,01	6,14	4,63	5,23	5,40	5,81
Usbekistan	52	5,59	5,40	6,66	5,19	7,46	5,29	5,69	4,30	5,14	6,01	4,32
Aserbaidschan	56	5,49	5,38	6,26	5,23	6,38	5,41	6,25	4,80	4,41	5,85	4,14
Kirgistan	63	5,42	5,39	5,82	5,27	6,47	5,86	4,58	4,76	5,26	5,09	4,82
Turkmenistan	74	5,31	5,35	6,89	4,53	6,94	5,51	4,44	4,67	4,76	4,93	3,24
China	90	5,06	5,17	5,85	4,59	5,98	4,25	6,09	4,69	4,62	5,71	3,81
Russland	91	5,04	5,94	6,24	3,68	6,15	4,49	7,57	3,90	3,38	5,43	4,10
Kasachstan	93	5,00	5,04	6,34	4,40	6,56	5,08	4,22	3,88	5,14	5,43	4,09

Anmerkung: Der Rang ist auf der Internetseite nicht angegeben. Angabe nach eigener Auszählung.

Zusammenstellung der Indizes von Judith Janiszewski

Chronik
Vom 23. Mai bis zum 20. Juni 2008
Kasachstan

23.5.2008	Die Steuerbehörde bekräftigt die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen gegenüber dem Unternehmen »Arcelor Mittal Temirtau«. Bei Untersuchungen in dem Stahlkonzern waren Unregelmäßigkeiten bei der Preisbildung und Abführung von Steuern aufgefallen.
26.5.2008	Bei einer Großfahndung der Polizei werden 400 Personen festgenommen, die u.a. des Mordes, Raubüberfalls und Diebstahls verdächtigt werden.
26.5.2008	Dem Film »Tjulpan« des Regisseurs Sergej Dworzewoj wird beim Filmfestival in Cannes der Preis »Un Certain Regard« verliehen.
27.5.2008	Die Regierung beschließt einen Antrag des Landwirtschaftsministeriums über die Bildung eines Interventionspools für Getreide, an dem staatliche und private Unternehmen beteiligt werden sollen. Damit könne die Versorgung außerhalb von Weizenanbaugebieten sowie von Astana und Almaty mit Getreide bis zur nächsten Ernte stabilisiert werden, sagt Landwirtschaftsminister Akylbek Kurischbajew.
27.5.2008	Nach den Worten Premierminister Karim Massimows wird es z.Zt. kein Exportverbot für Mehl geben, im Fall eines zukünftigen Inlandsdefizits sei dies aber nicht ausgeschlossen. Ein Exportverbot für Getreide bis September 2008 besteht bereits.
27.5.2008	Die Staatsanwaltschaft der Stadt Almaty droht Bewohnern eines für den Abbruch vorgesehenen Stadtteils, die aus Protest gegen den Abriss ihrer Häuser und fehlende Bereitstellung von Ersatzwohnungen in einen Hungerstreik getreten sind, mit rechtlichen Gegenmaßnahmen.
28.5.2008	In den von Dürre und Heuschrecken betroffenen Teilen des Gebiets Südkasachstan wird auf Anweisung der Regierung Vieh aufgekauft und in nicht betroffene Gebiete transportiert.
28.5.2008	Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt eine Gruppe von Abgeordneten des Senats. Hauptthemen des Treffens sind die Entwicklung des Agrarsektors sowie die demographische Situation des Landes.
30.05.2008	Die Generalstaatsanwaltschaft in Astana kritisiert die systematische Verletzung des Arbeitsrechts durch ausländische Unternehmen. Demnach würden besonders Arbeitsschutzmaßnahmen ignoriert. Betroffen sei besonders der Öl- und Gassektor und Unternehmen mit Beteiligung chinesischen Kapitals.
30.5.2008	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz zur Förderung von Transportwegen für Erdöl über das Kaspische Meer im Rahmen eines von Aserbaidschan und Kasachstan geschlossenen Vertrags.
1.6.2008	Mit Monatsbeginn gelten verschärfte Regeln für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften. Insgesamt darf ihre Zahl 1,6 % der Gesamtzahl der Beschäftigten nicht übersteigen, für einzelne Branchen sind Quoten festgelegt.
3.6.2008	Die Lebensmittelpreise sind im Mai 2008 nach Angaben des Komitees für Statistik gegenüber dem Vorjahresmonat um 28,3 % gestiegen. Besonders betroffen sind Mehl, Brot, Speiseöl und Milchprodukte.
4.6.2008	Der Abgeordnete Sat Tonakbajew schlägt im Parlament die Umbenennung Astanas in »Nursultan« vor. Der Präsident reagiert verhalten.
5.6.2008	Präsident Nasarbajew kündigt für 2009 eine erhöhte Förderquote für das Tengiz-Ölfeld an. Durch die Ausweitung der Leistung könnten statt 20 Mio. t im kommenden Jahr 25 Mio. t gefördert werden.
5.6.2008	Nach 20 Tagen Hungerstreik in Almaty erklärt sich die Stadtverwaltung zu einem Dialog mit den gegen den Abriss ihrer Häuser Demonstrierenden bereit.
5.6.2008	Bei einem Treffen mit Präsident Nasarbajew betonen Jean Lemierre, Vertreter der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), und Robin Renvik, Stellvertreter des Finanzunternehmens JP Morgan, dass der Einfluss der weltweiten Bankenkrise auf die kasachische Wirtschaft gering sei.
6.6.2008	Präsident Nasarbajew lädt die Staatsoberhäupter der GUS zum zehnjährigen Jubiläum der Hauptstadt Astana ein, das im Juli dieses Jahres begangen wird.
10.6.2008	Zwischen Astana und Urumtschi in der VR China ist eine direkte Eisenbahnverbindung eröffnet worden. Der Zug verkehrt ein Mal in der Woche, die Reise dauert 37 Stunden.

11.6.2008	Das Denkmal zu Ehren der Opfer politischer Repression wird aus dem Stadtzentrum Astanas in das gleichnamige Museum im Dorf Akmol gebracht. Aufgrund des Baus von Vergnügungseinrichtungen in der Umgebung des Denkmals hätte dieses seinen ideellen Wert verloren, begründet der stellvertretende Bürgermeister die Entscheidung.
11.6.2008	Jermuchamet Jertysbajew, Berater des Präsidenten, schließt in einem Interview mit der Zeitung Liter vorgezogene Parlamentswahlen im Herbst 2009 nicht aus, um den Forderungen der OSZE nachzukommen. Kasachstan wird 2010 den Vorsitz der OSZE übernehmen.
12.6.2008	Während seines Staatsbesuches in Frankreich unterzeichnen Präsident Nasarbajew und sein französischer Amtskollege Nicolas Sarkozy einen Vertrag über eine strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern.
16.6.2008	Der Direktor des Instituts für Seismologie der Akademie der Wissenschaften Abdrachmanow warnt vor einem starken Erdbeben in der Nähe von Almaty bzw. Bischkek im Laufe der nächsten zehn Jahre. Die Wahrscheinlichkeit für ein Beben mit der Stärke 8 bis 9 liege bei 70 %, so Abdrachmanow.
17.6.2008	Bei einem Treffen mit Weltbank-Präsident Robert Zoellick betont Präsident Nasarbajew die Rolle der Institution bei der Entwicklung Kasachstans.
18.6.2008	Präsident Nasarbajew trifft zu einem Staatsbesuch in Japan ein. Dort sind Gespräche mit Kaiser Akihito, Premierminister Fukuda und Wirtschaftsvertretern geplant.

Kirgistan

23.5.2008	Kirgistan wird im IWF-Abschlussbericht über die ökonomische Entwicklung im Rahmen des dreijährigen Poverty Reduction and Growth Facility Programmes ein trotz schwieriger politischer Umstände positive Entwicklung bescheinigt. Die Ziele des Programms wurden weitgehend erreicht. Die hohe Inflationsrate der letzten Monate gibt aber zu Bedenken Anlass.
26.5.2008	Präsident Bakijew ernennt Elmira Ibraimowa zur neuen Vize-Premierministerin, Toktukutschuk Mamytow zum Präsidentenberater und Bakytbek Kalijew zum neuen Verteidigungsminister.
27.5.2008	Außenminister Ednan Karabajew trifft zu Gesprächen über den Ausbau und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem neuen Direktor des OSZE-Zentrums in Bishkek, Andrew Tresorerie, zusammen.
27.5.2008	Die Weltbank gewährt Kirgistan ein Darlehen von 10 Mio. US-Dollar zur Nahrungsmittelsicherung.
27.5.2008	Nach Angaben des Außenministeriums arbeiten 293.000 Kirgisen in der Russischen Föderation und zwischen 60.000 und 100.000 in Kasachstan. Angaben über die Gesamtzahl der Arbeitsmigranten schwanken zwischen 500.000 und 1 Mio., weil sie offiziell nicht erfasst werden.
28.5.2008	China hat den Bau der Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan über den Torugart-Pass in den 11. Fünfjahrplan der sozioökonomischen Entwicklung (2006–2010) aufgenommen.
28.5.2008	Die Beschränkungen des Stromverbrauchs werden bis zum Herbst 2008 aufgehoben, da der Wasserstand im Toktogul-Stausee sich positiv entwickelt.
28.5.2008	Der Schriftsteller Tschingis Aitmatow ist Preisträger von TURKSOY (Ständiger Rat der Kulturminister der turksprachigen Länder). Der türkische Kulturminister bringt Aitmatow bei einer Pressekonferenz des Rates mit dem Literaturnobelpreis in Verbindung.
30.5.2008	Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel müssen die makroökonomischen Prognosen für 2008 nach unten korrigiert werden.
30.5.2008	Das Parlament ratifiziert das Protokoll über das Abkommen mit Usbekistan über die Umstrukturierung der kirgisischen Schulden (8,6 Mio. US-Dollar) vom 2.7.2003.
30.5.2008	Nach Angaben des Industrie- und Energieministers werden zum 1.7.2008 die Strompreise um 12 % erhöht.
2.6.2008	Nach Angaben von Menschenrechtlern haben kirgisische Behörden einen usbekischen Asylsuchenden an Usbekistan ausgeliefert. Der Mann war im Sommer 2007 bei einem Antiterror-Einsatz festgenommen worden.
2.6.2008	Nachdem zwei usbekische Grenzsoldaten im Gebiet Dschalalabad in kirgisches Territorium eingedrungen waren und einen Mann festzunehmen versucht hatten, kommt es zu Auseinandersetzungen mit der örtlichen Bevölkerung.
2.6.2008	Ein Gericht in Bischkek verurteilt die oppositionelle Zeitung De Fakto zur Zahlung von 1 Mio. Som (10.450 Euro) an Asylbek Salijew. Das Blatt hatte den Neffen des Präsidenten im Januar mit einem Verkehrsunfall in Verbindung gebracht.
3.6.2008	Die kirgisische Menschenrechtlerin Asisa Abdurasulowa wird mit dem von der US-Außenministerin Condoleezza Rice geschaffenen Freedom Defenders Award ausgezeichnet.
4.6.2008	Nach Angaben aus dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung sind die Lebensmittelpreise seit Jahresbeginn um 13,9 % gestiegen, die für Öl um 13 %, Dieselöl um 36,7 % und Gas um 32,7 %.

4.6.2008	Das Innenministerium gibt einen Erlass über Maßnahmen zur Sicherung ausländischer Touristen heraus. Autos von Touristen sollen außerdem mit speziellen Aufklebern versehen und seltener an Verkehrskontrollpunkten angehalten werden.
4.6.2008	Kirgistan ist Herkunfts- und Transitland, weniger aber Ziel von Menschenhandel, so der Trafficking in Persons Report 2008 des U.S. Department of State. Die Gegenmaßnahmen der Regierung entsprechen nicht ganz den Minimalstandards für den Kampf gegen den Menschenhandel, sie hat aber bedeutende Anstrengungen unternommen.
4.6.2008	Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wählt Kirgistan als einen der stellvertretenden Vorsitzenden für die nächste Sitzung.
4.6.2008	Das Parlament berät über den Vertrag mit Centerra Gold Inc. über die Ausbeutung der Kumtor-Goldmine vom 30.8.2007. Die kanadische Firma hatte bereits versucht, mit Hilfe internationaler Gerichte eine Verabschiedung zu erreichen, weil der Vertrag nicht fristgerecht ratifiziert wurde.
5.6.2008	Außenminister Karabajew trifft mit dem EU-Sonderbeauftragten Pierre Morel zu Gesprächen über die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie zusammen.
6.6.2008	Präsident Bakijew trifft am Rande des inoffiziellen GUS-Gipfels in Sankt Petersburg mit dem russischen Präsidenten Medwedjew zusammen.
9.6.2008	Das Außenministerium bittet in einer diplomatischen Note an das usbekische Ministerium um Aufklärung über die Verhaftung zweier kirgisischer Polizisten in Namangan.
9.6.2008	Nach Angaben des Nationalen Komitees für Statistik betrug die Zahl der Arbeitslosen von Januar bis Mai 72.200 und ist damit im Vergleich zu selben Zeitraum des Vorjahres um 1,5 % gesunken.
10.6.2008	Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe Günter Nooke trifft mit dem stellvertretenden Außenminister Askar Beschimow zu Gesprächen über Menschenrechtsfragen im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie zusammen.
10.6.2008	Präsident Bakijew empfängt den stellvertretenden Hochkommissar für Menschenrechte der UN Kyung-wha Kang.
10.6.2008	Der weltbekannte Schriftsteller Tschingis Aitmatow stirbt in einer Nürnberger Klinik. Aitmatow war am 16.Mai wegen Nierenversagens zunächst in eine Kazaner Klinik eingeliefert und dann nach Deutschland verlegt worden.
11.6.2008	In einem Interview mit der Nesawisimaja Gaseta teilt der Kommandeur der Luftwaffe, Generaloberst Alexander Selin, mit, dass Russland seine Präsenz auf dem Luftwaffenstützpunkt in Kant ausbauen wird.
12.6.2008	Ein Gericht in Bischkek setzt eine Dschihad-Gruppe und den Volkskongress von Kurdistan auf die Liste der terroristischen Vereinigungen.
13.6.2008	Das Parlament verabschiedet den Entwurf eines Parteiengesetzes, das die Hürden für die Gründung neuer Parteien heraufsetzt und bestätigt Verschärfungen des Versammlungsgesetzes.
14.6.2008	Ca. 30.000 Kirgisen nehmen an der Trauerfeier für den am 10.6. verstorbenen Tschingis Aitmatow teil. Die Beisetzung findet in Tschon Tasch in der Nähe von Bischkek statt. Es herrscht Staatstrauer.
16.6.2008	Energieminister Balkibekow erklärt in einem Interview, dass Kirgistan erst zusätzliches Wasser an seine Nachbarn liefern werde, nachdem die Wasser- und Strommengen vertraglich genau festgelegt sind.
16.6.2008	Reporter ohne Grenzen äußert sich besorgt über das am 4.6. von Präsident Bakijew unterzeichnete umstrittene Rundfunk- und Fernsehgesetz, das u.a. vorschreibt, dass die Mehrheit der Sendungen in Kirgistan produziert sein muss.
17.6.2008	Insgesamt wurde in Kirgistan bei 1.686 Menschen eine HIV-Infektion festgestellt, 207 davon sind neue Fälle.
17.6.2008	Ein Gericht in Bischkek erklärt die Lizenz der kanadischen Centerra für den Goldabbau in Kumtor für unwirksam.
18.6.2008	Das Verschwinden der Fischbestände im Issyk Kul hat nach den Worten eines Wissenschaftlers katastrophale Ausmaße angenommen.
19.6.2008	George Krol, U.S. Deputy Assistant of State, widerspricht bei seiner Ankunft in Bischkek Gerüchten, dass das Ziel seines Besuchs Verhandlungen über die Erweiterung der amerikanischen Präsenz auf dem Manas-Flughafen in Bischkek seien.
19.6.2008	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzesentwurf, dessen Zweck die Versorgung sozial schwacher Teile der Bevölkerung im Falle einer Nahrungsmittelkrise ist.
20.6.2008	Wie der 1. Vizepremierminister Iskenderbek Aidaralijew mitteilt, füllt sich der Toktogul-Stausee langsamer als erwartet mit Wasser.

Tadschikistan

23.5.2008	Mehr als 24 Frauen-NGOs schließen sich in Duschanbe zu der Assoziation »Von gesetzlicher zu tatsächlicher Gleichheit« zusammen.
26.5.2008	Das Ministerium für ökonomische Entwicklung und Handel gibt die Verdoppelung der Wasserpreise für private Haushalte bekannt. Ab 1.6.2008 soll Wasser pro Familienmitglied und Monat 1,7 Somoni (0,22 Euro) kosten.
26.5.2008	Laut der Sonderberichterstatteerin des UN-Menschenrechtsrates »Gewalt gegen Frauen« Yakin Erturk sind Frauen in Tadschikistan seit der Unabhängigkeit zunehmend von Armut bedroht sowie Gewalt und Diskriminierung in Familie und Gesellschaft ausgesetzt.
26.5.2008	Bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern sowie Spitzenvertretern von Ministerien und Organisationen fordert Präsident Emomali Rachmon verstärkte Bemühungen bei der Getreide- und Gemüseernte in Hinsicht auf die Nahrungsmittelsicherheit sowie eine Beschleunigung beim Bau des Sangtuda-1 und anderer Wasserkraftwerke.
27.5.2008	Die Regierung und das Landesbüro des UN World Food Programme (WFP) unterzeichnen ein Protokoll über langfristige Unterstützungs- und Rehabilitationsmaßnahmen. Das WFP unterstützt in Tadschikistan jährlich knapp 600.000 Menschen.
28.5.2008	In einem Bericht der UN Food and Agriculture Organisation (FAO) wird Tadschikistan als eines der 22 besonders durch die Preissteigerungen bei Lebensmitteln bedrohten Länder genannt.
29.5.2008	Im Jahresbericht von Amnesty International wird beklagt, dass in Tadschikistan die Glaubensfreiheit verletzt wird.
31.5.2008	Bei einem Festakt auf einer russischen Militärbasis in Tadschikistan betont Premierminister Oqill Oqilov die große Bedeutung der russischen Militärs für die Sicherheit der Region und die Ausbildung der tadschikischen Streitkräfte.
3.6.2008	Die tadschikische Verbraucherunion und kasachische Getreideproduzenten unterzeichnen einen Vertrag, nach dem die Kasachen Ende 2008 250.000 Tonnen Weizen nach Tadschikistan liefern werden.
3.6.2008	Der OSZE-Vorsitzende und finnische Außenminister Alexander Stubb teilt nach Gesprächen mit Präsident Rachmon mit, dass die OSZE 620.000 Euro zur Verbesserung der Grenzsicherung bereitstellt.
4.6.2008	Tadschikistan hat mit 26,6 % die höchste Inflationsrate aller GUS-Staaten (für den Zeitraum Januar–April 2008), teilt das zwischenstaatliche statistische Komitee der GUS mit. Das nationale Komitee für Statistik meldet dagegen für den Zeitraum von Januar bis Mai nur eine Inflationsrate von 6,8 %.
5.6.2008	Tadschikistan hat noch nicht damit begonnen, Usbekistan den Strom zu liefern, den es dem Nachbarland als Rückzahlung für die Lieferungen im letzten Winter schuldet. Der Wasserstand im Nurek-Stausee ist nach wie vor so gering, dass der dort produzierte Strom für den Eigenbedarf gebraucht wird.
6.6.2008	Präsident Rachmon nimmt am internationalen Wirtschaftsforum und dem informellen Gipfel der GUS-Präsidenten in Sankt Petersburg teil und trifft mit dem neuen russischen Präsidenten zusammen.
9.6.2008	Die Elektrizitätsgesellschaft teilt mit, dass Tadschikistan seit Mitte Mai Strom nach Afghanistan liefert. Insgesamt ist für die Sommermonate eine Lieferung von 50 Mio. kWh geplant.
11.6.2008	Nach Angaben der Steuerbehörden haben die Steuerschulden der Unternehmen fast 12 Mio. Somoni (1,6 Mio. Euro) erreicht, 96 % der Summe entfällt auf die staatliche Gasfirma Tojikgaz.
11.6.2008	Die Aga-Khan-Stiftung eröffnet offiziell eine grenzüberschreitende Hochspannungsleitung zwischen Chorog, Hauptstadt des Gebietes Gorno-Badachschan, und dem Gebiet Schugnan in Afghanistan.
12.6.2008	Außenminister Chamrochon Sarifi tritt in Paris am Rande der Aghanistan-Konferenz mit Präsident Karsai und Außenminister Dadfar Spanta zusammen.
13.6.2008	Das Energieministerium und die Kulob Petroleum Ltd. unterzeichnen einen Vertrag über die Exploration und Entwicklung von 56 Erdgasfeldern im Südwesten des Landes. Insgesamt werden dort 1,500 Bio. m ³ Gas vermutet.
17.6.2008	Präsident Rachmon kritisiert die Tätigkeit der Energieunternehmen und kündigt Stromrationierungen ab 1. September an.
18.6.2008	In Chorog, der Gebietshauptstadt des Autonomen Gebietes Gorno-Badachschan, findet eine unerlaubte Demonstration gegen die Stationierung weiterer Militäreinheiten statt.
19.6.2008	Der Oberste Gerichtshof verhängt langjährige Haftstrafen über drei tadschikische Staatsbürger, die als aktive Mitglieder der Islamischen Dschihad-Union während der Taliban-Herrschaft in Afghanistan Verbrechen verübt hatten.

Turkmenistan

23.5.2008	Das turkmenische Parlament verabschiedet eine Erklärung zur Umbenennung der Monats- und Wochentage, die Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow im April in Auftrag gegeben hatte. Ab 1. Juli wird der erste Monat des Jahres im offiziellen Gebrauch wieder Januar heißen und nicht Turkmenbaschi.
29.5.2008	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret, das die Produktion, den Verkauf, Import und Gebrauch des Rauschmittels nasybai verbietet. Dieses wird meist in Heimproduktion aus Tabak, gelöschtem Kalk, Asche u.a. hergestellt und ist für den hohen Prozentsatz von Kehlkopfkrebserkrankungen in der Region verantwortlich.
29.5.2008	Richard Boucher, U.S. Assistant Secretary of State, trifft in Aschgabad mit Präsident Berdymuchammedow zusammen. Bei dem Besuch werden Fragen der Zusammenarbeit beider Länder in Hinsicht auf regionale Stabilität und Sicherheit – auch im Bereich Energie – besprochen.
4.6.2008	Gasprom-Chef Alexej Miller trifft zu Sondierungsgesprächen über den ab Anfang 2009 geltenden Gaspreis mit Vizepremier Tadschberdy Tagyjew in Aschgabad ein.
5.6.2008	Eine Delegation der OSZE unter Vorsitz des finnischen Außenministers Alexander Stubb und der US-Gesandte für eurasische Energiepolitik, Boyden Grey, treffen zu Kurzbesuchen ein. Stubb begrüßt bei einem Treffen mit Präsident Berdymuchammedow die Bereitschaft, die turkmenischen Gas- und Öl-Exporte zu diversifizieren.
6.6.2008	Auf einem informellen Treffen der Staatsoberhäupter der GUS in Sankt-Petersburg vereinbaren Präsident Berdymuchammedow und sein russischer Amtskollege Medwedjew einen Staatsbesuch des letzteren Anfang Juli in Aschgabad.
10.6.2008	Die Deutsche Welle meldet, dass der 1999 aus Turkmenistan geflüchtete Oppositionelle und Menschenrechtler Gulgeldy Anannijasow in seine Heimat zurückkehren will.
17.6.2008	Dem oppositionellen Umweltaktivisten Andrej Satoka wird die Ausreise aus dem Land verwehrt. Er war im Januar 2007 zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, ein halbes Jahr später jedoch wieder frei gelassen worden.
19.6.2008	Der Mobilfunkbetreiber MTS-Turkmenistan bietet erstmals Internet für Handynutzer in Aschgabad und einigen Gebietshauptstädten an.

Usbekistan

23.5.2008	Ein Gericht in Samarkand verurteilt Olim Turajew wegen der Bildung einer Gemeinde der Zeugen Jehovahs zu vier Jahren Gefängnis.
27.5.2008	Finanzminister Asimow kann der gesetzgebenden Kammer des Parlamentes einen ausgeglichenen Staatshaushalt für 2007 und das erste Quartal 2008 vorstellen.
27.5.2008	Das Justizministerium verweigert dem Vertreter der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Akkreditierung.
28.5.2008	Die Ständige Vertretung Usbekistans bei den UN organisiert beim Hohen Kommissar für Menschenrechte eine Veranstaltung über den Erlass des Präsidenten zum 60. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte.
28.5.2008	Die Zeitung Narodnoe Slowo berichtet, dass die Sterblichkeit um 20 %, die Kindersterblichkeit um 11 % gesunken sei. Die Lebenserwartung betrage 67 Jahre für Männer, 72,5 Jahre für Frauen.
29.5.2008	Mitglieder der Regierung führen mit einer Delegation aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Gespräche über die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, z. Zt. bestehen 70 Joint Ventures.
29.5.2008	Eine Delegation des IWF kann positive Indikatoren in der wirtschaftlichen Entwicklung Usbekistans feststellen.
2.6.2008	Mutabar Todschibojewa, eine der bekanntesten Menschenrechtlerinnen des Landes, wird aus dem Gefängnis entlassen.
2.6.2008	Menschenrechtsfragen waren eines der wichtigsten Gesprächsthemen, teilt der U.S. Assistant Secretary Richard Boucher auf einer Pressekonferenz mit Präsident Karimow mit.
4.6.2008	Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft veranstaltet ein deutsch-usbekisches Wirtschaftsforum mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Die deutsche Seite betont die positive Entwicklung des Investitionsklimas und das deutsche Interesse.
4.6.2008	Präsident Islam Karimow empfängt den finnischen Außenminister und OSZE-Vorsitzenden Alexander Stubb zu Gesprächen über die bilaterale finnisch-usbekische, wie die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE.
4.6.2008	Präsident Karimow trifft mit dem französischen Ombudsmann Jean-Paul Delevoye zu Gesprächen zusammen.

4.6.2008	Achmadschon Odilow, der älteste politische Gefangene des Landes, wurde aus dem Gefängnis entlassen. Odilow hatte im sowjetischen Usbekistan Schlüsselpositionen inne, war dann aber im Zusammenhang mit der Baumwollaffäre 1984 verhaftet worden und befand sich bis 1991 in Moskau im Gefängnis. Nach seiner Rückkehr nach Usbekistan war er politisch aktiv und befand sich seit 1993 wieder in mehrfach verlängerter Haft.
5.6.2008	In einem Interview teilt der Vorsitzende des Staatskomitees für Umweltschutz, B. Alichanow, mit, dass seit 1991 ca. 30 Gesetze zum Umweltschutz verabschiedet wurden. Die Belastung durch Abgase sei derweil um das Zweieinhalbfache gesunken, die Wasserverschmutzung um das Zweifache, die durch Pestizide um das Vierfache.
6.6.2008	Am Rande des GUS-Gipfels in Sankt Petersburg trifft Präsident Karimow den russischen Präsidenten Medwedjew. Beide Seiten betonen die große Bedeutung, die sie den gegenseitigen Beziehungen beimessen.
7.6.2008	In einem Dorf im Moskauer Gebiet werden 50 Usbeken befreit, die dort als Zwangsarbeiter gefangen gehalten wurden.
9.6.2008	Aus Kreisen von Uzbekneftgaz verlautet, dass die russische LUKOIL in der 2. Jahreshälfte 2008 mit dem Bau einer Gas verarbeitenden Fabrik in Usbekistan beginnen wird.
9.6.2008	In Taschkent findet ein internationales Seminar zum Thema Freiheit der Massenmedien statt. Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Veranstaltung scharf.
10.6.2008	Im Parlament findet ein Runder Tisch mit usbekischen und deutschen Parlamentariern statt. Die Bundestagsabgeordneten berichten über ihre Arbeit.
12.6.2008	Bei der Weltbank wird eine neue Country Assistance Strategy für Usbekistan für den Zeitraum 2008–2011 beraten, die auf Sicherung der Grundbedürfnisse und Hebung des Lebensstandards fokussiert ist.
13.6.2008	Die usbekischen Gaslieferungen nach Tadschikistan wurden von 25.000 m ³ auf 45.000 m ³ in der Stunde erhöht.
14.6.2008	Deutsche Journalisten im Netzwerk Recherche e.V. äußern ihre Besorgnis über die Verhaftung des Reporters Solidschon Abdurachmanow am 7.6.2008 wegen angeblichen Drogenbesitzes und fordern die usbekischen Behörden auf, faire und transparente Recherchen sicherzustellen.
16.6.2008	Nach Angaben des Chefs von Uzbekneftgaz, Nurmochammad Achmadow, wird in der 2. Hälfte dieses Jahres mit dem Bau einer Gaspipeline zwischen Usbekistan und China begonnen
17.6.2008	Der Beauftragte der OSZE für Freiheit der Medien, Miklos Haraszti, drückt seine Besorgnis über die Einschüchterung usbekischer Journalisten aus.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de